Volkswille

ORGAN FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

MITTEILUNGSBLATT DER FREIEN GEWERKSCHAFTEN UND DER ARBEITER-SPORTVEREINE

Bezugspreis: Durch Boten halbmonatlich 1.20 RM., durch die Post monatlich 2.40 RM., Bestellgeld extra, im voraus zahlbar. Erscheint jeden Werktag vormittags. Preis der Einzelnummer 10 Rpf. Bankkonto: Städtische Sparkasse Gelsenkirchen. Postscheckkonto: 5405 Dortmund. Hauptgeschäftsstelle, Verlag und Schriftleitung: Gelsenkirchen, Ringstraße 33. Fernruf Sammelnummer 25841

Anzeigenpreis im Verbreitungsgebiet 8 Rpf., außerhalb 12 Rpf., für 1 mm Raumhöhe bei 27 mm Breite. Reklamen 1 mm Raumhöhe bei 90 mm Breite 50 Rpf. Kleine Anzeigen 5 Rpf. Inseratenannahme bis 19 Uhr. Bei gerichtlichen Klagen, Zwangsvergleichen und Konkursen erlischt jeder Rabattanspruch. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Gelsenkirchen

Nr. 214 — Gelsenkirchen, Samstag, den 13. September 1930 — 12. Jahrgang

Heraus zur Wahl!

Nach einem langen und bewegten Wahlkampf gebt ihr morgen eure Stimme ab.

Viele Parteien werben um euch. Die Männer von der Rechten, die überwundene politische Machtverhältnisse wieder auferstehen lassen wollen. Die Männer der Mitte, die mit einem Fuße in der Gegenwart, mit dem anderen in der Vergangenheit stehen. Die Nationalsozialisten und die Kommunisten, die an Stelle des geistigen Kampfes den Appell an die Gewalt setzen.

Und mitten in diesem politischen Durcheinander steht die

Sozialdemokratie

klar und bestimmt unter ihrem alten kampferprobten Banner und fordert euch auf, sie zu wählen und mit ihr um Demokratie und Sozialismus zu ringen.

Gewiß, Deutschland ist Demokratie, aber das geschriebene Wort von Weimar soll lebendige Wahrheit im ganzen Volk, im Staat und in der Wirtschaft werden.

Gewiß, die deutsche Republik ist sozial, aber gerade die letzten Wochen und Monate haben in der Form des Bürgerblocks eine

politische Diktatur

über das Land gebracht, die, ohne die Beschlüsse des Reichstages zu beachten, sozialreaktionäre und volksfeindliche Gesetze diktiert.

Selbst, wenn diese Gesetze auf regulärem politischen Wege vom Reichstag verabschiedet worden wären, verdienten sie, daß der Massensturm der Wahl sie hinwegfegte. Aber diese Gesetze sind nicht durch das Parlament angenommen. Der Arbeitslosen- und Krankenversicherungsabbau, die Ledigensteuer, die Kopfsteuer und das Reichsnotopfer sind durch

Verfassungsbruch

widerrechtlich zu Gesetzen geworden und gerade das muß euch anspornen, die Niederlage des Bürgerblocks zu einer vernichtenden zu gestalten.

Der ganze politische Wille eines mündigen Volkes muß noch in letzter Stunde zusammengefaßt und für die Sozialdemokratie eingesetzt werden, damit die Herren vom Bürgerblock und von der Brüning-Diktatur die Niederlage erhalten, die sie verdient haben.

Nur noch Stunden sind es bis zur Wahlhandlung, bis zur Entscheidung für Jahre hinaus, bis zur

Schicksalsstunde der deutschen Republik.

Da darf es kein Zögern, da darf es kein Ausspannen, da darf es nur unermüdliche Arbeit, rücksichtsloses Einsetzen der ganzen Person, unermüdliches Heranholen des letzten Wählers bis zur Niederlage unserer Gegner geben, da heißt es alles tun für unseren Sieg.

Und jetzt, Freunde, heraus zum Kampf um die Entscheidung!



In letzter Stunde

Der Wahlkampf geht zu Ende. Seite an Seite haben Sozialdemokratische Partei und Freie Gewerkschaften die Offensive gegen soziale und politische Reaktion ergriffen. Macht und Einfluß im Staate ist ihr Ziel. Unsere Gegner kämpfen um die Verteidigung der Stellungen, die die Interessentengruppen in der Regierung bezogen haben. „Jedem von uns das Seine, der Arbeiterschaft aber nichts" — das ist ihr Wahlspruch.

Sie wollen weiter herrschende Klasse sein. Sie wollen weiter die Arbeiterschaft vom Staatsbürgertum ausschließen. Sie wollen den konstitutionell maskierten

Absolutismus der Kapitalmacht

Daher der Kampf gegen die Sozialdemokratie, daher das Gelüste nach dem Staatsstreich, nach der Verfälschung der Demokratie. Dieser Kampf geht nicht so sehr um das geschriebene Gesetz, um die Artikel der deutschen Verfassung, die jene Interessentenvertreter beschworen haben, die heute Minister der Republik sind. Er geht um die wirkliche Verfassung, um den Inhalt, mit dem die deutsche Republik erfüllt sein wird. Demokratischer Volksstaat oder plutokratische Republik? Nie ist die Alternative so klar hervorgetreten, wie in diesen Wochen des Kampfes. Noch nie hat aber auch die von der Sozialdemokratie geführte deutsche Arbeiterschaft das Wesen und den Sinn dieser Entscheidung so klar und tief durchschaut, wie in diesen Tagen.

Entschlossenheit der Arbeiterschaft gegen die Reaktion — das hat der Wahlkampf gezeigt. Wir lassen an der demokratischen Verfassung der Republik, wir lassen am Rechte des Reichstages nicht rütteln.

Wir sind die Kraft,

die sich jedem Versuch eines Staatsstreiches in den Weg stellen wird. Wir lassen uns nicht zurückwerfen in die Stellung der Entrechteten und Geknechteten. Unsere Macht offenbart sich nicht nur am Tage der Wahl, sondern in der Wucht des Massenaufmarsches unserer Wähler. Sie ist fest und dauernd zusammengeschweißt in einem halben Jahrhundert unaufhörlicher Kämpfe. Es gibt keine parlamentarische Kombination, kein Intrigenspiel, das die Macht der organisierten deutschen Arbeiterschaft aus der Welt schaffen könnte.

Neun Millionen Wähler

haben bei der Reichstagswahl im Jahre 1928 der Sozialdemokratischen Partei ihre Stimme gegeben. Der politische Wille dieser neun Millionen ist die stärkste organisierte politische Kraft in Deutschland. Er ist ein Stück und zwar ein wesentliches Stück der Verfassung der deutschen Republik. Wer diese neun Millionen ausschließen will von der Bildung des Staatswillens, der greift die Grundlagen der Demokratie an. Er wird aber



Die Attacke gegen den Marxismus und was sich dahinter verbirgt!

Auf zur Abrechnung

mit dem Bürgerblock, mit den Gegnern der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie!

Wählt Liste 1

Vorwärts!

Zum 14. September

Es geht der Marsch mit schwerem Schritt,
die Millionen wandern mit,
die zweifelnd klebten an der Zeit
im Tagewerk der Vergänglichkeit.

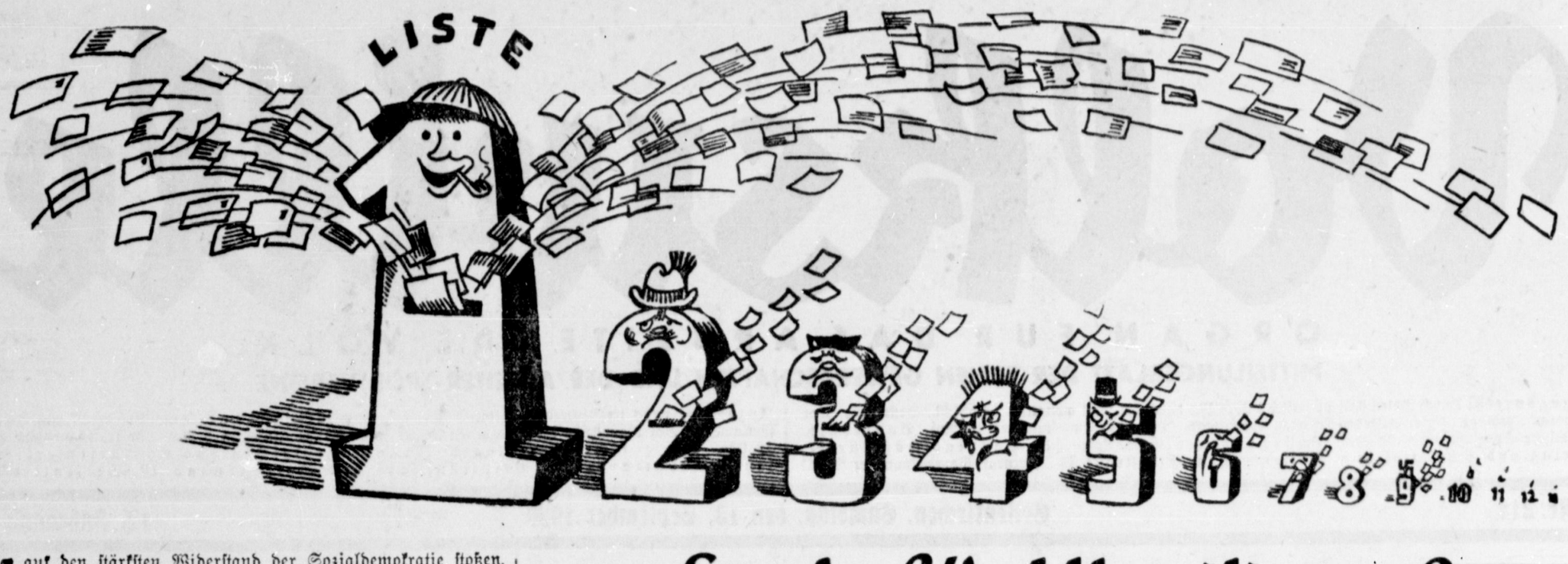
Die Lichtposaunen rufen Kampf,
aufwühlend in das Marschgestampf.
Die Fahnen sind ins Licht gestellt,
wie Wolken über weiter Welt.

Nun schließt sich auch der Wunden Riß,
das Licht zersprengt die Finsternis.
Der Tag die Grabgewölbe bricht,
der Taube hört, der Stumme spricht.

Wir werden siegen. Wir sind viel.
Vor unserm Marsche steht das Ziel,
liegt eine Welt voll Herrlichkeit:
Wir treten an. Wir sind bereit.

Durch alle Länder dröhnt der Schritt
und reißt die Millionen mit.
Durch Blut und Kerker, Hohn und Blei
geht unser Marsch und macht uns frei.

Max Barthel



auf auf den stärksten Widerstand der Sozialdemokratie stoßen. Wir sind heute noch die Opposition. Die Opposition, die im Namen der freiheitlichen ud sozialen Demokratie kämpft gegen die Regierung des Artikels 48, gegen jenes Kampfkabinett, dessen rechter Flügel der offene Feind der Verfassung ist. Wir führen die Sache des Volkes gegen die Abenteuerpolitik der Schrittmacher des Faschismus. Wir führen sie, wie wir sie einst gegen den wilhelminischen Absolutismus geführt haben. Wir rufen alle freiheitlichen, alle sozial gesinnten Kräfte im Volke auf, sich unseren Fahnen anzuschließen.

Das Kapital will eine

Entscheidungsschlacht gegen die Arbeit.

So schließt euch zusammen um die Sache der Arbeit. Das ist der Sinn dieses Kampfes, das ist es, was jeder organisierte Arbeiter Deutschlands tief im Herzen empfindet, das ist es, was die glänzende Entschlossenheit und die Kampfeslust der sozialdemokratischen Arbeiter im Wahlkampf geweckt hat.

Nun gilt es die Entscheidung. Nun zeigt den Gegnern unsere Stärke und Macht. Auf, ihr Millionen, wählt

Liste 1!

Braun an Brüning

Gumbinnen, 12. September. (Eig. Drahtbericht.) Der preußische Ministerpräsident Dr. Otto Braun nahm hier in einer öffentlichen Wahlversammlung zu der Berliner Rede des Reichskanzlers wie folgt Stellung:

„Ich will Herrn Brünings Antwort so auffassen, daß er bei der Kabinettsbildung die Unterstützung dort nimmt, wo er sie bekommt und ich bin überzeugt, daß er es mit den Mittelparteien allein zu keiner Mehrheit bringt. Es ist mitnichten so, daß wir Sozialdemokraten uns aufdrängen wollen, ebenso wenig haben wir uns versagt. Wir übernehmen das Maß von Verantwortung, das uns nach unserer Stärke zukommt. Wir können aber nicht zu Dingen unsere Zustimmung geben, die ohne unsere Mitwirkung und ohne unser Einverständnis vereinbart werden. Wir können besonders in Preußen uns ruhig darauf berufen, was durch unsere Mitarbeit geleistet worden ist.

Radikale Programme sind leicht aufzustellen. Es kommt aber nicht darauf an, sondern darauf, was sich in der Praxis verwirklichen läßt.

Stärken Sie die Sozialdemokratie, denn je stärker sie ist, desto mehr wird sie für die Werktätigen leisten."

In bezug auf den Reichsminister Treviranus führte Braun aus, daß er in seinen Reden schon wesentlich zurückhaltender geworden sei. Leider aber haben sich die Wirkungen seines Draufgängertums schon gezeigt. Man brauche nur die Demonstrationen in Polen ins Auge zu fassen.

Stimmscheine

Mißbrauch wird schwer bestraft

Berlin, 12. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Dem preußischen Ministerium des Innern gegenüber sind in der letzten Zeit wiederholt Befürchtungen geäußert und von verschiedenen Seiten entsprechende Mitteilungen gemacht worden, daß es gewisse Kreise versuchen werden, mit der gesetzlich vorgesehenen Einrichtung des Stimmscheines zum Zwecke der Fälschung des Wahlergebnisses Mißbrauch zu treiben. Insbesondere soll der Versuch unternommen werden, sich Stimmscheine von Nichtwählern zu verschaffen und sie in unrechtmäßiger Weise zur Stimmabgabe zu verwenden.

Das preußische Ministerium weist daher darauf hin, daß die Wahlvorsteher nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht haben, von Inhabern von Stimmscheinen die Vorlegung einer Legitimation zu verlangen und im Falle der Feststellung von Fälschungen sofort einzuschreiten, sodaß ein derartiger Versuch für die betreffenden Persönlichkeiten von schweren strafrechtlichen Folgen begleitet sein würde.

Gegen die Verleumder Scheidemanns

Einstweilige Verfügung

Berlin, 12. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Der Rechtsvertreter des Reichstagsabgeordneten Scheidemann hat am Freitag gegen die „Rote Fahne" und andere kommunistische Blätter beim Gericht eine Verfügung erwirkt, nach der es den genannten Blättern verboten ist, die Behauptungen über ein Bankkonto Scheidemanns in Höhe von 100 000 Mark weiter zu verbreiten. Diese Behauptung wurde vor Gericht als unwahr nachgewiesen.

Starke Wahlbeteiligung?

Bietet alles auf für den Sieg der SPD.

Die Reichswahlleitung rechnet mit einer außerordentlich starken Beteiligung bei den bevorstehenden Wahlen. Sie schließt das unter anderem aus dem regen Interesse, das bei der Einsichtnahme in die Wahllisten zu bemerken war.

So wurde beispielsweise in der Stadt Kassel festgestellt, daß über 25 000 Personen die Wählerlisten eingesehen haben gegen nur 15 000 bei der vorigen Reichstagswahl. Die gleiche Beobachtung hat man auch in zahlreichen anderen Städten gemacht, wenn auch dort keine genauen Ziffern vorliegen. Auch der Besuch der Wahlversammlungen war bei fast allen Parteien stärker als in früheren Jahren. Man rechnet daher mit einer Wahlbeteiligung von 80—90 Proent der Stimmberechtigten.

Da besonders die bürgerlichen Parteien dieses Mal große Anstrengungen machen, um alle ihre Anhänger an die Urne zu bringen, erwächst für die Anhänger der Sozialdemokratischen Partei erst recht die Pflicht, ihrerseits am 14. September alles aufzubieten für den Sieg der Liste 1.

Treviranus sabotiert

die Kapitalversorgung des deutschen Volkes

Basel, 11. September.

Ein Leitartikel im Handelsteil der Baseler National-Zeitung beschäftigt sich mit der Entwicklung des Kapitalmarktes und erhebt in diesem Zusammenhang schwerste Vorwürfe gegen die Umtriebe des Reichsministers Treviranus, dessen Brandreden neue Beunruhigung in Europa verursachten, den wirtschaftlichen Aufbau und vor allem die Kapitalversorgung Deutschlands sabotieren. Dies ist um so bedauerlicher, als die deutsche Wirtschafts- und Industriekrise, durch die Millionen deutscher Arbeiter erwerbslos geworden sind und der öffentlichen Sozialfürsorge zur Last fallen, zum großen Teil durch den

Kapitalmangel

der deutschen Wirtschaft verursacht worden ist. Frankreich, das zurzeit über den relativ größten Goldbestand und zwar über etwa 47,2 Milliarden Franks verfügt, wozu noch ein Bestand an Auslandswechseln und Guthaben von nicht weniger als 25,6 Milliarden Franks kommt und mit seinem Gold nicht weiß, wohin, wäre eher als jedes andere Land in der Lage, die deutsche Wirtschaft überreichlich mit dem zur Wiederbelebung der Industrie und zur Einreihung der Erwerbslosenheere in den Produktionsprozeß erforderlichen Kapitalien zu versehen, wenn es Vertrauen in die deutsche Politik haben könne. Vertrauen ist die Grundlage für jeden Kredit. Wir wissen nicht, ob Herr Treviranus die Einsicht für diese alte Binsenwahrheit aufbringt. Hervorragende französische Wirtschaftsführer, unter ihnen

Loucheur und Caillaux

haben wiederholt in aller Oeffentlichkeit erklärt, daß Frankreich, das klassische Land des Sparstrumpfs, gern bereit sei, auf wirtschaftlichem Gebiete mit dem benachbarten hochindustrialisierten Deutschland zusammenzugehen und der deutschen Industrie gern die erforderlichen Kredite zur Verfügung stellen werde unter der Voraussetzung eines deutsch-französischen Einvernehmens als Voraussetzung der Konsolidierung und Stabilisierung der politischen Verhältnisse in Europa.

„Es wäre sehr erfreulich", schreibt die Baseler National-Zeitung wörtlich, „wenn die französischen Kapitalien Mitteleuropa zugute kommen würden; es muß jedoch vor Optimismus in bezug auf die Bereitschaft des mittleren französischen Sparers, sein Geld dort anzulegen, gewarnt werden. Wir fürchten, das von Herrn Treviranus entfachte Revisionsgeschrei wirkt hier sehr hindernd und wird kaum durch verschärfte Zinsbedingungen wettgemacht werden können.

Neben den ökonomischen und wahrscheinlich vor ihnen spielen die politischen Betrachtungen eine große Rolle. Man kann sich so letzten Endes des Eindrucks nicht erwehren, daß Frankreich die ihm durch günstige Umstände zuteil gewordene finanzielle Macht in den Dienst seiner Politik stellt oder zumindest dieser unterordnet. Das braucht nicht unbedingt ein Unglück zu sein; doch ist hier nicht der Platz, den politischen Aspekt solcher Situation — falls diese Annahme zutrifft, die nur eine Möglichkeit, aber nicht eine Notwendigkeit darstellt — **zu prüfen.**"

Besorgnis in England

Der sozialistische „Daily Herald" zu den deutschen Wahlen

London, 12. Sept. (Eig. Drahtber.)

„Deutschlands Stunde", so lautet die Ueberschrift, die der „Daily Herald", das Blatt der englischen Arbeiterpartei, dem Leitartikel seiner Sonnabend-Ausgabe widmet. Das offizielle Organ der Labour-Party richtet darin folgenden Appell an das deutsche Volk:

„Das Ausland sieht dem Ergebnis der deutschen Wahlen mit großer Beunruhigung entgegen; denn es sind in diesem Wahlkampf Forderungen erwogen worden, die nicht allein die deutsche Innenpolitik berühren, sondern auch das Verhältnis Deutschlands zu Europa.

Verantwortliche Führer der Rechtsparteien haben eine Sprache geführt, die darauf hindeutet, daß diese Rechte, wenn sie zur Herrschaft gelangt, Stresemanns Verständigungspolitik verlassen und an ihre Stelle eine Politik der nationalsozialistischen Abenteurer setzen wird.

Nicht nur Konservative und Nationalsozialisten haben so gesprochen, selbst der Wahlaufruf von Stresemanns eigener Partei enthält Stellen, wie Revision des Friedensvertrages und des Youngplanes und Vereinigung der östlichen Grenzen. Es kann nicht der geringste Zweifel darüber herrschen, daß eine auf das Zentrum und die Rechtsparteien gestützte Regierungskoalition eine auswärtige Politik einschlagen würde, die ganz Europa in Unruhe bringen würde. Selbst das ist aber die kleinere Gefahr.

Ernster noch ist die wiederholte und immer stärker werdende Drohung, daß ein Angriff auf die Weimarer Verfassung erfolgen soll, wenn die Wahlen der genannten Koalition nicht die Mehrheit bringen sollten.

Es ist zu hoffen, daß der gesunde Sinn des deutschen Volkes die Hoffnung der Reaktionäre zuschanden werden läßt und die drohende Gefahr abgewendet wird."

Schlägereien in einer Nazi-Versammlung

Schwerte. Im Lokale „Im Reiche des Wassers" in Schwerte war Freitag abend eine nationalsozialistische Versammlung, in der sich unter anderem auch Kommunisten befanden. Es kam zu einer schweren Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, als die Kommunisten sich weigerten, der Aufforderung nachzukommen, den Saal zu verlassen. Die Schlägerei nahm einen großen Umfang an. Wie uns gemeldet wird, blieb keine Fensterscheibe und kein Fensterrahmen des Saales ganz, Tische und Stühle wurden vollständig zertrümmert. Es gab eine große Anzahl Verletzte, von denen einige ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Arbeiter-Samariter hatten alle Hände voll zu tun, um den Verletzten zu helfen. Das Dortmunder Ueberfallkommando wurde nach Schwerte alarmiert und kam erst gegen 2 Uhr nachts wieder nach Dortmund zurück. Die Polizei hat einen Bannkreis um Schwerte gezogen.

Antrag Briands in Genf

Genf, 12. Sept. (Drahtmeldung.) Der französische Außenminister hat gestern beim Präsidenten der Bundesversammlung offiziell den Antrag gestellt, die Entschließung, die die Vertreter der europäischen Staaten am 8. 9. zur Frage der europäischen Föderation angenommen haben, auf die Tagesordnung der Bundesversammlung zu setzen.

Nr. 214. 12. Jahrg.
Zweites Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen, Samstag, den 13. September 1930.

STADT GELSENKIRCHEN

Wahlnot und Wahlgebot?

Von Adolf Wurmbach.

Groß ist die Verwirrung, groß die Wahlnot hin und her um diesen 14. September. Fast unmöglich für den außerhalb des Parteigetriebes Stehenden, sich durch die Sintflut der Plakate und der mehr oder weniger ernst gemeinten Aufrufe und Versprechungen in siebenundzwanzigerlei Manier zu eigener Stellungnahme hindurchzufinden. Was sollen wir wählen? Sie meinen es alle gut, wollen alle nur „des Volkes Bestes"! Und alle sagen sie, auf deine und meine Stimme käme es noch an, um „unser Volk" einem schier güldenen Zeitalter entgegenzuführen. Kein Wunder, daß manche Gemüter von einer wahren Wahlpsychose ergriffen sind und Gefahr laufen, dem nächsten Schreihals ins Garn zu gehen. Erste Bedingung ist darum: Ruhig Blut! Sicher wägen und ruhig wagen! Ohne Ueberstürzung, ohne Verwirrung. Notzeit will klare Linie. Es gibt nur noch ein Entweder — oder. Für das Recht, für die Wahrheit, für den Aufstieg von Volk und Menschheit — oder für Verewigung der „bestehenden Ordnung", für Bewahrung vor der Wahrheit, für das ewige Mittelalter! Wo ist nun der stärkste vorwärtsgerichtete Wille zu ersprießlichem Ziel? Wo brennt der Kampf um die Erlösung vom Fluche des Gewordenen? In der vielgeschmähten Sozialdemokratie, nicht nur geschmäht von ihren Widersachern. Sie allein zeigt jene klare, verheißungsvolle Linie, hier ist Sozialismus Selbstzweck, nicht Mittel, das der Zweck geheiligt, zu unlauteren und „frommen" Geschäften. Ja, aber was hat denn diese Sozialdemokratie gebessert und geschaffen in Regierungsgeschäften, werden ihr nicht vielmehr schlimme Dinge, wie Panzerkreuzer, Konkordat usw. nachgesagt? Das mag manchen für den Augenblick stutzig machen. Eine spätere Zeit, die mit ruhigerem Gedanken die Dinge prüft, wird dieses Verhalten vielleicht einmal rechtfertigen. Aber der Sozialismus ist eine so große Sache, ein so köstliches Gut, daß so eine scheinbare Abwegigkeit keinen von der Erhabenheit dieser Idee Ergriffenen irre zu machen vermag. Immer noch sehe ich Fortschrittswillen und -möglichkeit nur in der Sozialdemokratie, und alle den tausend Nöten und Härten der Zeit Aufgeschlossenen werden mit Freuden den Aufruf des Sozialdemokratischen Intellektuellenbundes „An das geistige Deutschland" gelesen haben, in dem es heißt:

„Wir wenden uns an alle, die geistig jung sind. Es geht bei dieser Wahl um eine große Entscheidung: Ob wir mit der Vergangenheit untergehen oder Bannerträger einer neugestalteten Zukunft sein wollen. Nur der bewußt und planvoll gewollte Uebergang zu einer neuen Ordnung, die auf den Lebensnotwendigkeiten und dem Wohl der Gesamtheit aufgebaut ist, wird Deutschland einer Zukunft entgegenführen, in der innere Befriedung und äußere Geltung errungen werden."

Darum gibt es für alle denkenden, zukunftsgewillten Staatsbürger am 14. September nur ein Wahlgebot: Die Liste der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Nr. 1, zu wählen.

Wieder fünf Monate für Olschowy!

In der Verhandlung, die gestern gegen Olschowy und Bell vor dem Erweiterten Schöffengericht in Essen stattfand, wurde Olschowy wegen wissentlich falscher Anschuldigung und Verleumdung zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Sein Mitangeklagter Bell erhielt zwei Monate. Wegen des Raummangels in der heutigen letzten Nummer vor der Wahl müssen wir die Einzelheiten der Verhandlung auf die nächste Ausgabe verschieben.

Sie mußten Spießruten laufen!

Mit riesigen Plakaten, die man sich natürlich leisten kann, wenn einem die Großindustrie wohlgewogen ist, hatten die Nazis ihre Versammlung am Donnerstag angekündigt. Aus allen Himmelsrichtungen holten sie ihre Rollkommandos heran, und als dann die sogenannte SA.-Kapelle Militärmusik machte, da füllte sich dann so nach und nach die Ausstellungshalle einigermaßen. Ein riesiges Polizeiaufgebot sicherte die Straßen und das Gelände um die Ausstellungshalle, wo sich große Menschenmengen angesammelt hatten, welche die ankommenden Nazis mit Pfui- und Nieder-Rufen überschütteten. Drei Redner hatten die edlen Arier aufmarschieren lassen, den berüchtigten Schulmeister Wagner aus Bochum, den wegen seiner staatsfeindlichen Umtriebe gemaßregelten „Regierungs"-rat von dem Knesebeck aus Düsseldorf und unser liebes, ach, so kleines Meyerlein aus Buer. (Nebenbei bemerkt, ich hielt ihn für einen rassereinen Juden, als ich ihn „näher" besah. Der Berichterstatter.) Schenken wir uns die Reden dieser Geistesgrößen.

Es ist immer dasselbe. Wir brauchen unbedingt einen Krieg mit Frankreich, eine Diktatur Adolf Hitlers und einen Abbau aller sozialen Einrichtungen. Das ist der Inhalt des widerlichen, frevelhaften Gewäsches, das diese politischen Narren von sich geben durften. Mit Heil-Gebrüll fand die Versammlung ihr Ende. Erwähnt sei aber noch, daß das arme Retterlein Meyer, das sich erst am Vormittag vor dem Landgericht in Essen wegen seiner Verleumdungen gegen den Beigeordneten Genossen Sieglar zu verantworten gehabt hatte, sich in den weinerlichsten Tönen über seine Verurteilung durch das böse Gericht beklagte. Seine Getreuen bedauerten ihn lebhaft. Es war wirklich rührend.

Gegen 23 Uhr setzte sich dann ein „Fackelzug" in Bewegung, an dem sich etwa 250 auswärtige junge Leute beteiligten. Gelsenkirchener Gesichter waren nicht zu sehen. Mit einem wahren Trommelfeuer von Nieder-Rufen wurden die Todfeinde eines jeden ehrlichen Arbeiters von der harrenden Menge empfangen. Berittene Polizei vorne, berittene Polizei hinten und an der Seite „mit zwei Pferdelängen Abstand", Polizeireiter hinter Polizeireiter, dazu noch die schnellen Streifenwagen, dicht mit Beamten besetzt, es war schaurig-schön. Wie ein Zug Ausgestoßener wälzte sich der Haufen Arbeiterverräter durch die Hindenburg- und Bankstraße zur Wiese, immerfort zugedeckt von den Pfui-Rufen der empörten Arbeiter. Auf der Wiese löste sich der Klumpatsch mit Heil-Gebrüll auf. Begleitet von Polizei zu Fuß, zu Pferde, zu Wagen, verkrümelten sich die Helden. In der Nähe des Großmarktes soll ein Steinwurf ein Nazi-auto getroffen haben. Prompt fiel von diesem Wagen ein Schuß, der aber glücklicherweise niemand verletzte. Die Polizei war sofort zur Stelle und durchsuchte Auto, Nazis und das umliegende Gelände. Leider konnte der Schießer nicht ermittelt werden. Einen frivolen Streich leistete sich ein Rohling in der Wildenbruchstraße, der über das Dach der Autogarage neben dem Isaesohnschen Grundstück eine Flasche warf, die in die dort stehende Menge fiel. Unser Reichsbannerkamerad August Fröhlich aus Rotthausen wurde von der Flasche getroffen und am Kopfe erheblich verletzt. Hoffentlich gelingt der Polizei die Ermittlung des Täters.

Das war die große Nazi-Invasion in Gelsenkirchen. Arbeiter, zeigt ihnen auch morgen eure Verachtung!

Wählt Liste 1!



Liste 1, Prolet!

Arbeitsmann, jetzt fällt der Schlag,
Morgen ist der große Tag,
Weißt du auch, worum es geht?
Um dein Recht, Prolet!

Arbeitsmann, schau dich nur um,
Werber zieh'n im Land herum,
Manches Ding ward schon gedreht:
Gegen dich, Prolet!

Alles, alles gegen dich,
Arbeitsmann, wie fühlst du dich?
Räume auf, eh' es zu spät,
Krieg' die Wut, Prolet!

Krieg' die Wut, o Arbeitsmann,
Schau die Pharisäer an,
Haben giftig Kraut gesät,
Hau es um, Prolet!

Hau in Klump das Lügenhaus,
Schmeiß die Bauernfänger raus,
Höchstes auf dem Spiele steht,
Denke dran, Prolet!

Denk auch dran, du Arbeitsfrau,
Listig, tückisch, frech und schlau
Reden sie um dich herum,
Frau, oh, denk daran!

Deine Kinder leiden Not,
Und dir selber mangelt Brot,
Keine Arbeit hat dein Mann,
Frau, o, denk' daran!

Denk' daran! Zum Zeitvertreib
Schwelgt und praßt das Luxusweib,
Fährt mit ihrem Freund ins Bad
Und du? Weinst dich satt!

Weinst, wenn du die Kinder siehst,
Wie ihr Leben freudlos fließt,
Wen sie hungrig vor dir steh'n,
Schlecht in Kleidern ge'hn.

Du mußt schuften früh bis spät,
„Dame" zur Masseuse geht,
Flickst du Löcher, riesengroß,
Fährt zum „Sport" sie los.

Arbeitsfrau, ist das gerecht?
Du die Magd, dein Mann ein Knecht,
Drüber eine Herrenschicht,
Frau, siehst du das nicht?

Willst du nicht, daß auf der Erden
Alle Menschen glücklich werden,
Daß ein Ende hat die Not,
Jedermann sein Brot?

Frau, du kannst dein Schicksal wenden,
Macht liegt auch in deinen Händen,
Und auf diese Macht vertrau:
Deine Stimme, Frau!

Arbeitsfrauen, Arbeitsmann!
Alle Kräfte spannet an,
Denn ihr wißt, worum es geht,
Liste 1, Prolet!

Nepomuk Gelsenkicker.

Schulkinder als „Wahlhelfer" eines Rektors

Rektor Morhenn ist uns seit längerer Zeit rühmlichst dadurch bekannt, daß er sich unserer Kinderfreundebewegung hindernd in den Weg stellt, wo er nur eben kann. Er verbietet, getreu nach bayerischem Vorbilde, den Kindern seiner Schule, in die Kinderfreundegruppen einzutreten, und wenn es nach ihm gegangen wäre, so wäre auch in seiner Schule niemals ein Klassenraum als Unterkunft für eine Kinderfreundegruppe bereitgestellt worden. Diese Einstellung des Herrn Morhenn ist doch natürlich nur darauf zurückzuführen, daß er mit allen Fasern seines Herzens an der Vergangenheit hängt und der Bewegung des Fortschritts soviel Hindernisse wie nur eben möglich aufrichten möchte. Daß er dagegen gern bereit ist, dem Rückschritt und den Parteien zu dienen, bei denen Volks- und Arbeiterfeindlichkeit Trumpf ist, das hat dieser Rektor in diesem Wahlkampfe schlagend bewiesen. Er mißbrauchte nämlich die Kinder seiner Schule dazu, für den Rückschritt Wahlpropaganda zu machen. Herr Morhenn ließ die Kinder ein Wahlflugblatt verbreiten, das sich an die Nichtwähler richtet und sie auffordert, **Liste 5, Deutsche Volkspartei, zu wählen.** Das Flugblatt ist hübsch durch Bilderchen verziert, und so sehen wir denn eine gut bürgerliche Familie beim Kaffeetisch sitzen. Papi hat einen schönen Spitzbart und liest die Zeitung. Mammi, mit Spitzenbäffchen um den Hals, macht sittig eine Handarbeit, wie es der deutschen Hausfrau und Mutter unter der Hängelampe geziemt, und Bubi (nur ein Kind! oh, oh, das ist wohl eine Konzession an die neue Zeit?) sitzt mit einem Buch bei Papi und Mammi, wie sich das für deutsche Buben geziemt. Jedem Arbeiter wird hoffentlich klar werden, daß er in dieser Spießergesellschaft nichts zu tun hat! Wir verzichten darauf, den gesamten Inhalt dieses Flugblattes an die Nichtwähler wiederzugeben, wir bringen nur den Text seiner ersten Seite. Er enthält zwei Wahrheiten, nämlich die, daß bei der vorigen Wahl rund zehn Millionen Deutsche nicht gewählt haben, und die andere: **Nichtwählen ist politischer Selbstmord!** Bezeichnend aber ist der Hinweis darauf, daß drei Millionen Stimmen mehr als dreimal ausgereicht hätten, um den Sturz der Regierung im Reichstage zu verhüten, d. h. in nüchternes Deutsch übertragen, daß Herr Rektor Morhenn, der doch Arbeiterkinder unterrichtet, im Sinne dieses Wahlflugblattes gewünscht hätte, daß diese volksfeindliche und das Volk mit neuen Steuern belastende Regierung, in der neben dem Zentrum gerade die industrielle Volkspartei, für die Herr Morhenn es wagt, durch seine Schulkinder werben zu lassen, den verhängnisvollsten Einfluß ausübt, hätte am Ruder bleiben sollen, damit nur ja die Herrschaft des Geldsackes, so, wie sie Großindustrielle und Großagrarier ausüben wollen, zum Schaden des arbeitenden Volkes erhalten bleibt?

Was gedenkt die vorgesetzte Behörde gegen Herrn Morhenn, der sich einen derartigen Mißbrauch seiner Schulkinder erdreistete, zu tun?

Für uns gilt es jedenfalls, auch von dieser Stelle aus nochmals allen denkenden Arbeitern zuzurufen: **Wählt morgen die Partei des schaffenden Volkes,**

wählt SPD., Liste 1!

Kommunistengesindel schlägt Frauen!

Schon seit langer Zeit versuchen die Kommunistenschreier Fritz Kroll und Karl Keck sich an Reichsbannerkameraden zu reiben. Es ist ihnen lange nicht mehr möglich gewesen, da die Kameraden so klug sind, den Rowdies aus dem Wege zu gehen. Jetzt hat eines Abends der Reichsbannerkamerad Rasch einen Freund, der gleichzeitig sein Nachbar ist, in der Schievenstraße aufgesucht. Kroll und Keck drückten sich schon eine ganze Weile vor dem Hause herum und äußerten, dem R. gehe es schlecht, wenn er in ihre Hände falle. Zu der gleichen Zeit kam die Schwester des R., die Frau Spittka, auf die Straße. Die beiden Kommunisten fielen über die wehrlose Frau her, stießen sie in die Gosse und schlugen und traten sie, als sie auf dem Boden lag, daß sie sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Auch die Mutter, die in ihrer Angst hinzukam, wurde elendig mißhandelt. Ehe sie sich entfernten, ergingen sich die beiden kommunistischen Helden in unverschämtesten Schimpfereien.

Arbeiter, wollt ihr morgen zum Ausdruck bringen, daß ihr solche Roheiten, die einer verhetzten Gesinnung entspringen, und die nicht einmal vor den Frauen Halt machen, gutheißt, und wollt ihr euch mit diesen Rüpeln in eine Front stellen? Dann wählt Liste 4! Wollt ihr aber zum Ausdruck bringen, daß ihr die Befreiung der Arbeiterklasse ersehnt, daß ihr Schritt für Schritt dem Kapitalismus Boden für den Sozialismus abgewinnen wollt, dann könnt ihr eure Stimme geben

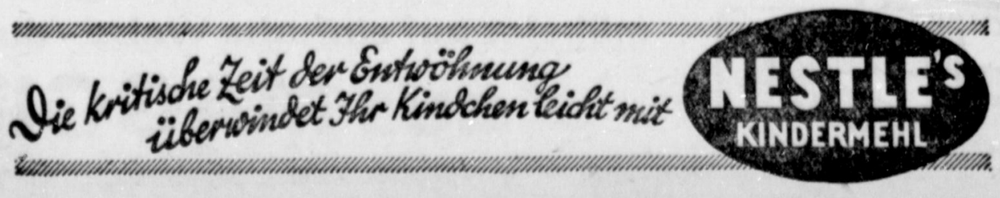
nur der Sozialdemokratischen Partei, der Liste 1!

Die Wähler in den Krankenhäusern

Bei jeder Wahl konnte man bisher die Beobachtung machen, daß in den Krankenhäusern eine starke Wahlbeeinflussung seitens gewisser Parteien getrieben wird. Wer zur Zeit Verwandte oder Bekannte in Krankenhäusern hat, der setze sich schnellstens mit ihnen in Verbindung, damit sie am Sonntag der Sozialdemokratischen Partei die Stimme geben. Nur so ist es möglich, den Wahlbeeinflussungen zu begegnen. Der kranke Mensch ist sehr leicht geneigt, von Schwestern und sonstigen Leuten, die in den Krankenhäusern wirken, sich betören zu lassen. Darum aufgepaßt!

Wählt Liste 1!

Direktor Klenke vom Amt suspendiert. Direktor Klenke, der Leiter des Stadtjugendamtes ist seit einigen Tagen vom Amt suspendiert. Eine amtliche Mitteilung darüber ist der Presse bisher nicht zugegangen. Es wird vermutet, daß Direktor Klenke Gelder in Höhe von einigen tausend Reichsmark unterschlagen hat. Es ist ein Untersuchungsausschuß eingesetzt, der die Angelegenheit prüfen soll. Direktor Klenke gehörte viele Jahre hindurch der Demokratischen Partei an und steht jetzt auf der Reichstagsliste der Deutschen Staatspartei an vierter Stelle.



STADTTEIL HORST

Ein Steiger schwer verletzt

Folgen einer politischen Auseinandersetzung.

Gestern abend hatte der Hauer Paul Brilla in der Grube eine politische Auseinandersetzung mit dem Steiger Brechem. Der Steiger selbst ist nationalistisch eingestellt, während Brilla nach der KPD. hinüberneigt. Der Steiger, der früher auf Nordstern gearbeitet hat und dort schon immer als der Herr Leutnant bezeichnet wurde, hatte den Hauer Brilla schon wiederholt dadurch gereizt, daß er erklärte: „Wir sind arm. Es muß mit jedem Stückchen Holz gespart werden für das arme deutsche Vaterland!" Im Laufe der politischen Auseinandersetzung hat der Steiger den Hauer Brilla gereizt. Ein Hauer, der Zeuge dieser Auseinandersetzung hätte sein können, hat es für gut befunden, als die Auseinandersetzung schärfer wurde, davonzulaufen. Schließlich ließ sich Brilla dazu hinreißen, dem Steiger mit einer englischen Hacke einen so heftigen Schlag auf den Hinterkopf zu versetzen, daß der Steiger blutüberströmt zusammenbrach. Der Lehrhauer sorgte dafür, daß der Steiger, der zunächst noch hatte laufen können, zur Waschkaue gebracht wurde. Es wird mit dem Ableben des Steigers gerechnet. Brilla, der verheiratet und Vater von fünf unmündigen Kindern ist, war zunächst flüchtig. Er soll aber inzwischen verhaftet worden sein.

Erwerbslosenversammlungen

Der Erwerbslosenausschuß der SPD. hatte in den drei Stadtteilen Gelsenkirchen, Buer und Horst die Erwerbslosen zu Versammlungen zusammengerufen, um zu ihnen über die politische Situation und den 14. September zu sprechen. Die Kommunisten in allen drei Stadtteilen hatten das natürlich sehr übelgenommen, denn sie betrachten alle Erwerbslosen als „ihre" Erwerbslosen und glauben, daß nur sie allein das Recht haben, Versammlungen einzuberufen und zu den Erwerbslosen zu sprechen. Sie versuchten denn auch in allen drei Stadtteilen, die Versammlungen unmöglich zu machen, was ihnen aber nicht gelang. Entweder sie störten durch fortwährende Zwischenrufe übelster Art, oder sie forderten — wie in Gelsenkirchen — gleich zu Anfang ihre Anhänger auf, den Saal zu verlassen, ein Teil tat das auch, aber nach und nach kamen sie langsam wieder herein.

In allen drei Versammlungen sprach unser Genosse Heinrich Lange zu den Erwerbslosen. In einem fast zweistündigen Referat verstand er es sehr gut, den Erwerbslosen die politische Lage und vor allen Dingen ihre eigene Situation klarzumachen, und ihnen zu zeigen, welchen Weg sie zu gehen haben, um aus der schwierigen Situation herauszukommen. Er betonte vor allem, daß das, was die Arbeitslosen brauchen, Arbeit sei, denn sie hätten kein Interesse daran, auf der Straße herumzuliegen. In diesem Zusammenhange beleuchtete er scharf die verfehlte Zollpolitik der Regierung Brüning, durch die unsere Ausfuhr verringert und die Erwerbslosigkeit vergrößert werde. Er zeigte auch den Unterschied auf, der in der Haltung einer bürgerlichen Regierung und in der eines sozialistischen Ministers Wissell liegt. Nur unter einem sozialistischen Minister sei es möglich gewesen, daß den ausgesperrten Metallarbeitern vom Reich aus Unterstützung in Höhe von 20 Millionen zuteil geworden sei. Der Redner erläuterte ferner die Verschlechterung der sozialen Einrichtungen, besonders der Krankenversicherung und der Erwerbslosenversicherung.

Genosse Lange sprach dann über die einzelnen Parteien, die um die Stimmen der Wähler buhlen. Besonders scharf kennzeichnete er das Treiben der Kommunisten, die ihren ganzen Wahlkampf auf Hetze gegen die SPD. eingestellt haben. Er zitierte einige von den verlogenen und gemeinen Sätzen, die von der KPD. an alle Wände und Zäune gemalt werden. Alle diese Gemeinheiten richten sich nicht etwa gegen den Kapitalisten sondern gegen die SPD.

Natürlich haben die Kapitalisten an dieser Kampfesweise der KPD. ihre helle Freude, denn sie wissen, daß es in diesem Wahlkampf heißt: Hier Kapitalisten — hier Arbeiter, und die Kommunisten leisten den Kapitalisten den größten Dienst, wenn sie dafür sorgen, daß die SPD. nicht zu stark in den Reichstag einzieht. Die gleiche Rolle wie die KPD. spielen die Nationalsozialisten. Zwischen ihnen und der KPD. gibt es ja enge Verbindungen, fordern doch heute schon die Nationalsozialisten-Sturmtrupps ihre Leute auf, an den Demonstrationszügen der KPD. teilzunehmen. Der Redner forderte die KPD. mit ernsten Worten auf, endlich diesen Bruderkampf aufzuhören und sich lieber gegen den Kapitalismus zu wenden.

Die Erwerbslosen aber sollten sich überlegen, ob sie nach den Wahlen wieder eine reaktionäre Regierung, wie in den letzten Monaten haben wollten. Gerade die Erwerbslosen müßten das größte Interesse daran haben, daß die große Arbeiterpartei, die SPD., die bei der letzten Reichstagswahl zehn Millionen Stimmen auf sich vereinigt ht, gestärkt in den Reichstag einziehe. Der Redner forderte alle Erwerbslosen auf, am 14. September Liste 1 zu wählen. Der größte Teil der Versammlung stimmte dem Redner zu. Da es schon 7 Uhr geworden war und der Saal wegen der am gleichen Abend stattfindenden Versammlung der Staatspartei geräumt werden mußte, teilte der Leiter der Versammlung, Genosse Hermsen, mit, daß von einer Diskussion Abstand genommen werden müsse, das erregte natürlich den Unwillen der Kommunisten, die gar zugerne ihre Hetzreden gegen die SPD. losgelassen hätten. Alle besonnenen Erwerbslosen aber werden wissen, was sie von dem Treiben der Kommunisten und Nazis in diesem Wahlkampf zu halten haben. Sie werden die Partei wählen, die im Reichstag tatkräftig ihre Forderungen vertritt, das ist einzig die Sozialdemokratie!

Ein gu'er Fang

Die Zollbehörde in Goch hielt auf der Calcarer Straße ein hiesiges Fuhrwerk an, auf dem sich 60 000 geschmuggelte Zigaretten befanden. Sie wurden beschlagnahmt.

Die Einbrüche im Monat August in Dortmund

Bei der Dortmunder Kriminalpolizei wurden im Monat August dieses Jahres 215 Einbruchsdiebstähle zur Anzeige gebracht. In der Mehrzahl handelt es sich um Wohnungs-, Geschäfts-, Keller-, Wirtschafts- und Stalleinbrüche. Von diesen Einbrüchen konnten von der Kriminalpolizei 91 aufgeklärt werden, wobei 74 Personen festgenommen wurden.

Recht bleibt doch Recht!

Was dem einen recht ist, ist dem andern billig!

Dr. Hölters mit seiner Methode beim Gelsenkirchener Arbeitsgericht hereingefallen

Im Namen des Volkes!

G. R. A. C. 1376/30 zu 7.

In Sachen des Schmiedes Fritz Feilhaber, Gelsenkirchen, Germanenstraße 9.

Verkündet am 2. 9. 1930.

(gez.) Gust als Beamter der Geschäftsstelle.

Klägers.

Prozeßbevollmächtigter:

gegen die Vereinigten Stahlwerke, AG., Abteilung Schalker Verein, in Gelsenkirchen, vertreten durch den Vorstand.

Beklagte.

Prozeßbevollmächtigter:

Wegen Forderung hat das Arbeitsgericht in Gelsenkirchen auf die mündliche Verhandlung vom 2. September 1930 durch den Amtsgerichtsrat ten Hompel als Vorsitzendem und die Arbeitsrichter Dr. Massing und Kruggel als Beisitzer für Recht anerkannt.

Die Beklagte wird verurteilt, an den Kläger 29 RM zu zahlen und die Kosten des Rechtsstreits zu tragen.

Der Streitwert beträgt 29 RM.

Die Festsetzung der Kosten bleibt vorbehalten.

Tatbestand:

Der Kläger war vom 24. Juni 1927 bis 2. Juli 1930 in der Radiatorenwerkstätte der Beklagten beschäftigt. Er verdiente dort zuletzt durchschnittlich 5,80 RM je Tag. Bei der am 3. Juli 1930 unvorhergesehenen erfolgenden Beendigung des Dienstverhältnisses hatte er den ihm nach dem Tarifvertrage für das letzte Urlaubsjahr zustehenden fünftägigen Urlaub noch nicht erhalten. Der Kläger verlangte daher das auf die 5 ausgefallenen Urlaubstage entfallende Urlaubsentgelt von unstreitig 29 RM mit dem Antrage, die Beklagte zu verurteilen, an den Kläger 29 RM zu zahlen.

Die Beklagte beantragt Abweisung der Klage. Sie beruft sich auf Artikel 8 C, Ziffer 13, Absatz 2, des für das Vertragsverhältnis zwischen den Parteien unstreitig geltenden Tarifvertrages, der bestimmt: Im Falle einer fristlosen Entlassung auf Grund der Gewerbe- oder Arbeitsordnung entfällt jeder Anspruch auf Urlaub. Im einzelnen trägt sie dazu vor, sie habe dem Kläger das Dienstverhältnis am 16. Juni 1930 zu dem ausgesprochenen Zwecke, eine Neuregelung der Akkord- und sonstigen übertariflichen Verdienste herbeizuführen, zum 30. Juni 1930 gekündigt. Kurz vor dem Ende der Kündigungsfrist habe sie die Neuregelung, die ab 1. Juli 1930 habe gelten sollen, bekanntgegeben. Der Kläger habe die Arbeit zu diesen neuen Bedingungen nicht aufgenommen. Er sei zwar am 2. Juli 1930 — am 1. Juli 1930 war Feierschicht — zur Arbeit erschienen, habe aber, um die von der Beklagten aufgestellten neuen Bedingungen zu sabotieren, mit der Arbeit zurückgehalten, da die Belegschaft beschlossen habe, sie wolle die bisher im Akkord verrichtete Arbeit nur mehr im Schichtlohn verrichten. Diese Haltung des Klägers und der Belegschaft habe am folgenden Tage zu einem offenen Konflikt zwischen der Werksleitung und der Belegschaft geführt. Diese habe nämlich, als die Beklagte von ihren Bedingungen nicht habe abgehen wollen, beschlossen, die Arbeit gänzlich niederzulegen und, als sie von den Betriebsbeamten aufgefordert worden sei, entweder dem Vertrage entsprechend die Arbeit im Akkord zu den neuen Bedingungen aufzunehmen oder das Werk zu verlassen, die Arbeitsstätte verlassen. Dieses Verhalten stelle sowohl nach der Arbeitsordnung, als auch nach der Gewerbeordnung einen Grund zur fristlosen Entlassung dar, so daß damit die Voraussetzungen der genannten tariflichen Bestimmung gegeben seien und jeder Urlaubsanspruch für den Kläger entfalle.

Der Kläger will dieses Vorbringen der Beklagten nicht gelten lassen. Er gibt zwar zu, daß er sich mit den von der Beklagten aufgestellten neuen Akkordsätzen nicht habe einverstanden erklären wollen, behauptet aber, die Arbeit in der gewöhnlichen Weise verrichtet zu haben, und trägt weiter vor, er habe sich der Belegschaft ohne Gefährdung seiner Person nicht widersetzen können und habe auch aus diesem Grunde am 3. Juli 1930 mit der Mehrzahl der Belegschaft die Arbeitsstelle verlassen.

Im übrigen wird bezüglich des Tatbestandes ergänzend auf den Inhalt der Akten Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

Die von der Beklagten am 16. Juni 1930 ausgesprochene Kündigung, die den Zusatz enthielt, sie erfolge zu dem Zwecke, eine Neuregelung der Akkord- und sonstigen übertariflichen Löhne herbeizuführen, stellte in Verbindung mit der vor Ablauf der Kündigungsfrist erfolgten Bekanntgabe der Bedingungen, die nach dem Ablaufe der Kündigungsfrist gelten sollten, eine unbedingte Kündigung des alten Arbeitsvertrages dar, verbunden mit dem Angebot zum Abschluß eines neuen Vertrages zu den neuen Bedingungen. Zu dem Abschlusse des neuen Vertrages gehörte, daß der Kläger das Angebot der Beklagten so, wie es gemacht war, annahm. Da eine solche Annahme durch eine besondere Annahmeerklärung des Klägers unstreitig nicht erfolat ist, könnte hier die Annahme des Angebots nur in der Aufnahme der Arbeit durch den Kläger nach dem Ablaufe der Kündigungsfrist erblickt werden. In der Tat würde eine solche stillschweigende Aufnahme der Arbeit unter gewöhnlichen Umständen eine Annahme des Angebots durch schlüssige Handlung bedeuten. Hier aber trägt die Beklagte selbst vor, **daß der Kläger durch die Art der Verrichtung zum Ausdruck gebracht habe, daß er die neuen Bedingungen nicht anerkennen wolle,** und daß diese seine Einstellung auch aus dem Verhalten und den Beschlüssen der Belegschaft und aus seinem ferneren Verhalten erhelle. **Unter diesen Umständen kann in dem Verhalten des Klägers eine Annahme des Angebots durch schlüssige Handlung nicht erblickt werden,** und es fehlt daher an dem **Zustandekommen eines Vertrages** zu den neuen, von der Beklagten aufgestellten Bedingungen. Rechtlich handle es sich also um ein der vertraglichen Grundlage entbehrendes, **tatsächliches Arbeitsverhältnis, das von beiden Parteien ohne weitere Rechtsfolgen jederzeit gelöst werden konnte.** Eine solche Lösung des tatsächlichen Arbeitsverhältnisses **ist aber nicht gleichbedeutend mit einer fristlosen Entlassung aus dem Vertragsverhältnis nach der Gewerbe- oder** Arbeitsordnung und daher nicht geeignet, den Verwirkungstatbestand der von der Beklagten angezogenen Bestimmung zu erfüllen. Die Beklagte konnte daher mit dem von ihr erhobenen Einwande nicht durchdringen. Da der Klageanspruch im übrigen unstreitig ist, war das Versäumnisurteil vom 7. August 1930 auf den von dem Kläger frist- und formgerecht eingelegten Einspruch aufzuheben und nach dem Klageantrage zu erkennen.

Die Kostenentscheidung beruht auf dem § 91 ZPO.

Ausgefertigt: Gelsenkirchen, den 4. September 1930.

gez. ten Hompel.

*

Es geht also auch anders, als in dem Prozeß der Radiatorenarbeiter, über den wir seinerzeit berichteten; und wir erkennen ausdrücklich an,

daß das Arbeitsgericht in diesem Falle unbedingt richtig geurteilt hat.

Es war aber auch die höchste Zeit, daß eine zuständige Stelle dem Dr. Hölters die „Vornehmheit" seiner Handlungsweise dadurch bescheinigt, daß sie dem Arbeiter sein Recht zugesteht.

Wir berichteten damals über die Methode des Dr. Hölters, der die neuen Akkordpreise erst am letzten Tage bekanntgab, so daß die Arbeiter bei Beginn des neuen Arbeitsverhältnisses die neuen Preise nicht wissen konnten.

Auf diese Art und Weise wollte Nr. Hölters mit der Angst der Arbeiter vor der Arbeitslosigkeit sein Geschäftchen machen, d. h., er wollte als der wirtschaftlich Stärkere den wirtschaftlich Schwächeren mit der Hungerpeitsche zwingen, seine Menschenwürde mit Füßen treten zu lassen. **Obiges Urteil** zeigt diese Methode in richtiger Beleuchtung, **zeigt der Arbeiterschaft,** daß auch die Bäume des Herrn Dr. Hölters nicht in den Himmel wachsen.

Radiatorenarbeiter, die ihr keinen Einspruch beim Arbeiterat erhoben und doch Anspruch auf Urlaub habt, d. h., wenn euer Stichtag vor dem Tage der Entlassung liegt, macht es so, wie es euch dieses Urteil zeigt. Ihr erhebt beim Arbeitsgericht die Klage und verlangt den Urlaub bezahlt. Verweist den Richter während der Verhandlung auf obiges Urteil.

Jeder, der seinen Urlaub vor der Entlassung beantragt hat, hat nach der Entlassung Anspruch auf Bezahlung, wenn er von der Werksleitung entlassen wird, ohne daß der Entlassungsgrund in seiner Person liegt.

Und dann noch eins. Dr. Hölters ist ein typischer Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei. Durch solche Machinationen hofft er sich bei der Werksleitung eine „dicke Nummer" machen zu können. Arbeiter, nur ein ausgesprochener Schwachkopf kann einer Partei, der ein Dr. Hölters sogar als Stadtverordneter angehört, seine Stimme geben. Diese Leute sind keine Vertreter der Arbeiterbelange. Nur einzig und allein die SPD. wahrt eure Belange. Ihr gehört eure Stimme:

Wählt Liste 1!

Merkblatt zur Wahl!

Keiner, der sich Sozialdemokrat nennt, bleibt am Sonntag untätig. Jeder helfe mit und stelle sich als Helfer zur Verfügung!

Ortsgruppenführer, Agitationsleiter und Wahlhelfer, merkt auf!

Sonntag, morgens um 7.30 Uhr, versammeln sich alle Helfer, soweit sie nicht direkt zum Wahldienst eingeteilt worden sind, in den Zentralwahllokalen der einzelnen Ortsgruppen, da um 8 Uhr sämtliche Wahllokale besetzt sein müssen.

Arbeitersportler und Mitglieder anderer Arbeiterorganisationen melden sich ebenfalls dort.

Ortsgruppe:	Lokal:
Altstadt:	Repp, Martinstraße;
Ueckendorf:	Serres, Bülowstraße;
Bulmke:	Dehring, Hohenzollernstraße;
Hüllen:	Nachbarschulte, Wanner Straße;
Bismarck Ost:	Tendick, Bismarckstraße 272;
Bismarck West:	Riem, König-Wilhelm-Straße
Schalke:	Heining, Gewerkenstraße;
Feldmark:	Dey, Bertastraße;
Heßler:	Kaczmarek, Bogenstraße;
Rotthausen:	Weskamp, Rotthauser Str
Erle 1:	Grünewald;
Erle 2:	Holz;
Buer Mitte:	Volkshaus;
Buer-Bülse:	Volkshaus;
Resse:	Chemnitz;
Beckhausen:	Beus, Horster Str
Scholven:	Glos;
Hassel:	Zechengasthaus;
Horst 1 und 2:	Beckmann.

Das Zentralwahlbüro für die Gesamtstadt befindet sich Augustastraße 18, Telefon 23 527.

Für den Stadtteil Gelsenkirchen dasselbe.

Das Zentralwahlbüro für den Stadtteil Buer ist Volkshaus, Telefon 30 840.

Für Transporte von Wählern, die nicht gehen können, können die Zentralstellen angerufen werden.

Die einzelnen Ortsgruppenführer überzeugen sich um 8 Uhr morgens persönlich oder durch Kurier von der ordnungsmäßigen Besetzung der Wahllokale.

Der Schlepperdienst muß spätestens um 12 Uhr einsetzen, da um 17 Uhr Wahlschluß ist.

Reserveschleppzettel werden bei der Zentrale telefonisch oder durch Boten angefordert.

Auf jede Stimme kommt es an. Seid restlos tätig. Um 17 Uhr hat die Schicksalsstunde des deutschen Volkes geschlagen.

Der Vorstand. Brüntink.



Für nur 13 Pfennig 2 Teller gute Suppe

mühelos auf einfache Weise - durch kurzes Kochen mit Wasser

aus MAGGIs Suppen-Würfeln

Nr. 214. 12. Jahrg.
Drittes Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen, Samstag,
den 13. September 1930.

Dein Kreuz ins erste Feld!



LISTE 1

SOZIALDEMOKRATEN!

Aufgepaßt!

Nicht wie bei früheren Wahlen um 6 Uhr, sondern

schon um 5 Uhr ist Wahlschluß!

**Wer bis 5 Uhr nicht im Wahllokal ist, kann nicht wählen.
Geht früh genug zur Wahl, übt Wahlrecht vor 5 Uhr aus!**

Achtung! Betrifft
Ausstellung Küche und Keller in Gelsenkirchen

Soweit noch Interessenten für die Beteiligung an der Ausstellung Auskunft zu erhalten wünschen, teilen wir mit, das unser Vorsitzender am **Montag, den 15. Sept., von 11-1 Uhr** und von **2-4 Uhr** zur **Platzverteilung** in der Ausstellungshalle in Gelsenkirchen anwesend ist.

Verband Westdeutscher Pensionen und Fremdenheime E. V Geschäftsstelle: Honnef a. Rhein, Hauptstraße 93, Fernruf 97

Es wird brenzlig!

Die Zentrumspresse ist auf das eifrigste bemüht, immer wieder für die in der Notverordnung enthaltenen Verschlechterungen der Krankenversicherung die Sozialdemokratie, insbesondere den geschäftsführenden Vorsitzenden des Hauptverbandes Deutscher Krankenkassen, Helmut Lehmann, verantwortlich zu machen. Das Zentrum kann nun nicht den Beweis erbringen, wo und wann von der SPD. überhaupt auch nur eine der in der Notverordnung enthaltenen Verschlechterungen beantragt wurde. Man will die Schuld der SPD. nur deswegen aufbürden, weil Lehmann dem Krankenkassentag 1928 in Breslau Leitsätze zur Reform der Reichsversicherung unterbreitet hat, in welchen Zulässigkeit von Satzungsvorschriften gefordert wurde, wonach arbeitsfähige Kranke an den Arzt-, Arznei- und Heilmittelkosten bis zu einem Viertel beteiligt werden sollten. Es wurde jedoch keine Abstimmung vorgenommen, sondern die Versammlung hatte lediglich von den Leitsätzen Kenntnis genommen. Soweit diese geschichtliche Tatsache, daß sich weder die SPD., noch der Hauptverband Deutscher Krankenkassen zu dieser Forderung bekannt haben.

Aber im Archiv des Reichsarbeitsministeriums lagen schon unzählige Anträge zur Reform der Reichsversicherungsordnung, insbesondere der Krankenversicherung. Der Antrag Thiel, Dr. Moldenhauer, Dr. Pfeffer und Genossen (Deutsche Volkspartei) ist für das Zustandekommen der Notverordnung vorbildlich und lautet:

Der Reichstag wolle beschließen, folgende Entschließung anzunehmen:

Die Reichsregierung zu ersuchen, bald einen Gesetzentwurf über Aenderung des Zweiten Buches der Reichsversicherungsordnung vorzulegen, durch den bestimmt wird,

daß, wenn Ortskrankenkassen eine bestimmte Mitgliederzahl überschreiten, die Gründung von zweiten, dritten usw. Kassen für das betreffende Gebiet zu erfolgen hat; daß alsdann zwecks Förderung eines gesunden Wettbewerbs der Kassen untereinander den Versicherungspflichtigen das Recht der Wahl unter den verschiedenen Ortskrankenkassen des betreffenden Ortes entweder für ihre Person oder betriebsweise zugestanden werden muß;

daß Krankengeld nur für jeden Arbeitstag gezahlt wird;

daß die Berechtigung der Kassen nach § 191, Absatz 2, der Reichsversicherungsordnung, die Wartezeit der ersten 3 Tage abzukürzen und aufzuheben, beseitigt wird;

daß die Kassen die Berechtigung erhalten, durch die Satzung die Wartezeit über drei Tage hinaus auszudehnen für diejenigen Mitglieder, die während der Krankheit Anspruch auf Fortzahlung von Lohn und Gehalt haben;

daß die Satzung der Kasse bestimmen kann, daß an Stelle der Sachleistungen Geldbeträge treten, die in leichten Fällen einen geringeren, in schwereren Fällen einen höheren Vomhundertsatz der nachgewiesenen Aufwendungen des Mitgliedes für Arzt, Arznei und Heilmittel ausmachen;

daß im allgemeinen die zwingenden Vorschriften der Reichsversicherungsordnung derart gelockert werden, daß sie eine bessere Anpassung der Kassensatzungen an die besonderen örtlichen und berufsständischen Bedürfnisse und Möglichkeiten zulassen.

Berlin, den 10. Februar 1928.

Thiel. Dr. Moldenhauer. Dr. Pfeffer. Cramm. Findeisen. Havemann. Dr. Heinze. Dr. Hoff. Janson. Keinath. Dr. Kulenkampff. Frau Dr. Matz. Seibert. Westermann. Winnefeld. Dr. Wunderlich.

Dies geschah aber noch ein halbes Jahr vor dem Krankenkassentag in Breslau. **Damals war noch Dr. Brauns Reichsarbeitsminister, und dessen Spezialreferenten sind heute noch dieselben.** Der Partei „für Wahrheit und Recht" kann es daher nur zur besonderen Ehre angerechnet werden, wenn sie bewußt verschweigt, daß die Reformvorschläge schon von Dr. Brauns übernommen sind.

Dr. Stegerwald **wollte auch nur „einige Schlacken in der Sozialversicherung beseitigen"**, wie er in seiner Programmrede zum Haushalt seines Ministeriums am 27. Juni 1930 zum Ausdruck brachte. Die Schlacken werden jetzt aber den Versicherten vorgesetzt.

Man kann es verstehen, daß die Unzufriedenheit in der Zentrumswählerschaft zunimmt, und die Zentrumspartei getreu nach dem Vorbild „Haltet den Dieb!" die SPD. für die Verschlechterungen in der Krankenversicherung verantwortlich macht. Aus der sogenannten Not-Koalitionsgemeinschaft heraus findet das Zentrum natürlich kein Wort über die Anträge der Volkspartei, und der getreue Kumpel Winnefeld kann im Bezirk ungestraft seine Weisheit verzapfen.

Als ein nicht zu überbietender Wahlschwindel offenbart sich folgende Meldung:

> **„Wie „echt" im übrigen die sozialdemokratische Ablehnung der Krankenscheingebühr ist, dafür noch ein Beweis. Die Allgemeine Ortskrankenkasse Helmstedt in Braunschweig hat schon im Jahre 1928 eine Familien-Krankenscheingebühr von — man höre und staune — 3 Mark (in Buchstaben: drei Mark) eingeführt. Und die Ortskrankenkasse Helmstedt steht unter sozialdemokratischer Leitung und Verwaltung.**
>
> **Gibt es noch schlagendere Beweise der verlogenen sozialistischen Wahlagitation?"**

die von der „Gelsenkirchener Zeitung" wahrscheinlich auch mit besonderer Schadenfreude wiedergegeben wird. Man muß sich unwillkürlich fragen, bei welchen Personen die größte Portion geistiger Armut vorausgesetzt werden muß, beim Verfasser des Artikels, beim Redakteur oder bei den Lesern der Zeitung.

Vor Erlaß der Notverordnung konnten die Krankenkassen nach § 187b der Reichsversicherungsordnung eine Gebühr bis zu 10 Pfennig für die Ausfertigung eines Krankenscheines erheben. Wenn dem so wäre, daß die Allgemeine Ortskrankenkasse Helmstedt 3 RM für einen Familienkrankenschein erhoben hat, würde sich ja, abgesehen von der besonderen Geschäftstüchtigkeit der sozialdemokratischen Leitung und Verwaltung, wohl kaum das Oberversicherungsamt mit einer derartigen Satzungsbestimmung abgefunden haben. Die Allgemeine Ortskrankenkasse Helmstedt dürfte wohl auch schon von diesem Schwindel gehört haben und wird es sich nicht nehmen lassen, den Verbreitern dieser Nachricht eine entsprechende Berichtigung zukommen zu lassen.

Besehen wir uns einmal die sozialdemokratische Leitung nach dem Handbuch der Reichsversicherung 1925-26, in welchem als Vorsitzender der AOK. Helmstedt ein Fabrikant Hampel genannt wird, dessen Nachfolger dürfte nach den Wahlen von 1927 ein Direktor Lange geworden sein. Wir zweifeln sehr stark daran, daß die genannten Herren Mitglieder der SPD. sind. Auf eine Lüge mehr oder weniger kommt es nicht an und werden wir auch noch den Lügen zur letzten Stunde zu begegnen wissen.

Auch hier gibt es nur eine Antwort:

Wählt Liste 1!

Der Reichsverband Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener legt weiterhin Wert auf die Feststellung, daß er mit der Reichswahlliste Nr. 22, Wahlvorschlag der Kriegsbeschädigten usw., nichts zu tun hat, da dieser Vorschlag keiner Organisation entspringt sondern von Einzelbeschädigten aus Oldenburg gestellt wurde und vom Reichsverband unter keinen Umständen unterstützt werden kann; im Gegenteil warnt der Reichsverband alle Mitglieder, diese Splittergruppe, die mit keiner Organisation zusammenhängt ihre Stimme zu geben.

Kriegsopfer-Partei

Als Nummer 22 der Reichswahlvorschläge wird eine „Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenpartei der deutschen Mannschaft einschließlich der Abgefundenen" aufgeführt. Auf dieser Liste stehen völlig unbekannte Personen. Es handelt sich um eine Splittergruppe, die geeignet ist, unter den Kriegsopfern während der Reichstagswahl Verwirrung hervorzurufen. **Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen** ist mit dieser Liste weder identisch noch hat er das geringste mit dieser eigenartigen Partei zu tun. Soviel bekannt ist, steht auch keine der anderen anerkannten Reichsorganisationen der Kriegsopfer hinter dieser Liste.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten warnt die Kriegsopfer, diese bedeutungslose Splitterpartei zu wählen. Er fordert vielmehr dazu auf, nur großen und solchen Parteien die Stimme zu geben, die einen entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung der demokratischen Republik und den Ausbau der Kriegsopferversorgung auszuüben in der Lage sind.

Wir fügen hinzu: Wählt Liste 1!

Rundfunk-Programm

Sonntag, 14. September.

7.00: Hamburg: Glocken vom Großen Michel. — Hafen-Konzert.
8.00: Morgenkonzert. Schallplatten.
8.30: Esperanto für Anfänger.
9.00: Geläut von St. Gereon, Köln.
9.05: Kathol. Morgenfeier. Redner: Religionslehrer Außem, Düren
10.15: Besuch am Krankenbett.
11.00: Fritz Worm: Wert und Ehre deutscher Sprache.
11.25: Wilh. Matthießen: Karl Mays wunderbare Himmelfahrt. — Die Nacht im Bücherschrank.
11.50: Schallplatten: Meister ihres Fachs: Franz Völker (Tenor).
12.25: Gartenbaudir. Jung: Der Garten im September.
12.45: Stunde des Arbeiters. Verbandsrevisor Tapfogge: Die Veränderungen in der Krankenversicherung.
13.00: Mittagskonzert der Harmonie „Hauset", Eupen.
14.30: Dir. Molitor: Fertigkeitsübungen für Kurzschriftler.
15.00: Aus Monza: Großer Preis der Nationen.
15.50: Prof. Dr. Beckmann: Die Landwirtschaft Polens.
16.10: Prof. Gust. Hochstatter: Annehmlichkeiten des Alterns.
16.30: Vesperkonzert.
17.15: Aus Duisburg: Kasserberg-Turnfest.
18.00: Der rheinische Lebensraum. Geheimrat Prof. Dr. Clemen: Profane Gotik.
18.25: Prof. Dr. Unger: Musikalische Arbeitsgemeinschaft.
18.45: Eine Stunde Kurzweil.
19.20: Erste Bekanntgabe der Reichstagswahlen.
19.25: Reinhold Liedemann: Kirchenbauten.
20.10: Der liebe Augustin. Operette in drei Aufzügen von Leo Fall. Anschl.: Nachtmusik und Tanz.

Deutsche Welle. Sonntag, 14. September.

7.00: Hamburg: Glocken vom Großen Michel. — Hafen-Konzert.
8.50: Morgenfeier. Stundenglockenspiel der Potsdamer Garnisonkirche. Ansprache: Generalsekretär Schmitt: Das Leben — ein Menschen- und Gottesdienst.
Anschl.: Glockengeläut des Berliner Doms.
11.00: Elternstunde. Dr. Marx: Das Schulgesicht unserer Kinder.
11.30: Solo-Kantate für den 12. Sonntag nach Trinitatis von Joh. Seb. Bach.
12.00: Aus Breslau: Orchesterkonzert der Schlesischen Philharmonie. Einlage: Vom Bundesherbstsegeln auf dem Tegeler See.
14.00: Jugendstunde. Von starken und mutigen Männern.
14.30: Konzert.
15.45: Franziska Korschelt liest eigene Skizzen.
16.00: Unterhaltungsmusik. Berühmte Virtuosen als Komponisten.
18.30: Dr. Bartsch: Gedanken einer volkstümlichen Bildung bei Luther, Grundtvig und Lagarde.
19.25: Carl Meißner: Marie v. Ebner-Eschenbach zum 100. Geburtstage.
20.00: Orchesterkonzert. Mozart: Ouv. zu „Die Zauberflöte". — Mozart: Arie der Königin der Nacht aus „Die Zauberflöte". — Pirani: Im Heidelberger Schloß, sinfon. Dichtung. — Prokofieff: Suite aus „Die Liebe zu den drei Orangen". — Humperdinck: Fantasie aus „Hänsel und Gretel". — Verdi: Arie der Gilda aus „Rigoletto". — Millöcker: Ouv. zu „Der Bettelstudent". — Sibelius: Tanz-Intermezzo. — Meyerbeer: Schattentanz aus „Dinorah". — Kalman: Potpourri aus „Das Hollandweibchen". — Strauß: Nachtfalter, Walzer.
Danach: Bekanntgabe der Wahlergebnisse bis zur Feststellung eines zuverlässigen Gesamtbildes. — Tanz- und Unterhaltungsmusik. Kapelle Otto Kermbach und Kapelle Gebrüder Steiner.

Konferenz der Ortsgruppenleiter, Geschäftsführer und Beisitzer

bei den Versorgungsgerichten aus den Reihen der Versorgungsberechtigten des Reichsverbandes Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener, E. V., Sitz Berlin, in Wanne-Eickel

Der Gauleiter Rimbach, Wanne-Eickel, eröffnete um 9 Uhr die von zahlreichen Vertretern aller Ortsgruppen, insbesondere die von dem Industriebezirk, besuchte Konferenz und nahm zuerst Stellung zur momentanen Lage der Kriegsopfer im Reich, wobei es zu folgender, einstimmig gefaßten

Entschließung

kam:

> „Die im Parkhaus in Wanne-Eickel versammelten Vertreter der Kriegsopfer, Vorsitzenden, Geschäftsführer und Beisitzer bei den Versorgungsgerichten aus den Reihen der Versorgungsberechtigten des Reichsverbandes Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener, E. V., Landesverband Westfalen (28 000 Mitglieder) erheben entschieden Protest gegen die Notverordnung der Reichsregierung, betr. Abbau der Versorgungsrechte der deutschen Kriegsopfer und erwarten vom neuen Reichstag Aufhebung der Notverordnung und Schaffung einer Einheitsrente!"

Im Anschluß an diese Entschließung referierte Gauleiter Rimbach, Wanne-Eickel, über die Rechte und Pflichten der Beisitzer, wie über die Tätigkeit der Ortsgruppenleiter und Geschäftsführer. Er führte aus, daß in den letzten Jahren die Versorgungsklagen erheblich gestiegen seien. So wären innerhalb des Landesverbandes Westfalen von der Geschäftsstelle Wanne-Eickel für die Zeit vom 1. Juli 1928 bis zum 1. Juli 1930 2554, von der Geschäftsstelle Münster 1064, von der Geschäftsstelle Detmold 1640, von der Geschäftsstelle Hagen 2124 Vertretungen wahrgenommen, so daß innerhalb des gesamten Landesverbandes 7382 Kriegsopfer vertreten seien, von denen weit über 50 Prozent erfolgreich gewesen wären: ein Beweis, daß der Reichsverband Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener innerhalb der Provinz Westfalen, in der Anzahl seiner Vertretungen sowohl wie in seinen Erfolgen, sich in forderster Linie befindet.

In größeren Ausführungen behandelte er dann die Erfordernisse bei Stellung von Anträgen, insbesondere der Aufstellung von Berufungsschriften pp. und wandte sich dann den Rechten und Pflichten der Beisitzer zu.

Hierbei führte er unter anderem aus, daß in letzter Zeit ganz augenfällig die Sabotierung des § 104 des Verfahrensgesetzes in Erscheinung trete! So hätte z. B. das Versorgungsgericht Recklinghausen in den Fällen, in denen auf Grund des § 104 für den Kläger günstige Gutachten erstattet worden seien, noch den Gerichtsarzt in der mündlichen Verhandlung gehört und dann auf Grund der erneut ablehnenden Beurteilung des Gerichtsarztes, den Kläger abgewiesen! In diesem Falle ergäbe die Gesamtlage also folgendes Bild:

Der Kläger wurde in der 1. Verhandlung durch den Gerichtsarzt in zirka fünf Minuten untersucht, wobei derselbe zu einem ablehnenden Standpunkt gegenüber den Ansprüchen des Beschädigten kam, weshalb von seiten der Verteidigung der Antrag gestellt wurde, nach § 104 einen Fachgutbeachter zu hören, dem dann von seiten des Gerichts auch stattgegeben werden mußte. Dieser Fachgutachter, der von den Kriegsbeschädigten mit 60 bis 70 RM bezahlt werden muß, kommt dann auf Grund einer 2- bis 3tägigen Untersuchung zu einem günstigen Ergebnis, worauf nunmehr das Versorgungsgericht in der zweiten mündlichen Verhandlung den Kläger erneut durch den Gerichtsarzt untersuchen läßt, der wiederum nach fünf Minuten Untersuchung zu einem ablehnenden Urteil kommt, dem sich dann das Gericht entgegen dem ausführlichen Gutachten des Facharztes, im Endurteil anschloß.

Eine derartige Beurteilung von seiten der Versorgungsgerichte kann natürlich von seiten der Kriegsopfer nicht gutgeheißen werden. Dieselben sind vielmehr der Meinung und entspricht es auch dem Gerechtigkeitsgefühl aller Staatsbürger, daß, falls das Versorgungsgericht sich nicht dem Fachgutachten nach § 104 anschließen kann, zumindest eine Klärung durch einen Obergutachter erfolgt und nicht durch den Gerichtsarzt, bevor die endgültige Ablehnung ausgesprochen wird.

Des weiteren wurde von dem Referenten darauf hingewiesen, daß die Herren Gerichtsärzte zumindest alle vier Jahre durch eine Kammer des Versorgungsgerichtes gewählt werden müßte, während heute Gerichtsärzte über diese Zeit hinaus im Amte seien, ohne sich einer neuen Wahl unterzogen zu haben.

Referent schloß seine Ausführungen mit einer ausführlichen Erläuterung über die tatsächlichen Rechte und Pflichten der Beisitzer bei den Versorgungsgerichten.

In der dann stattfindenden allgemeinen Aussprache, an der sich die Beisitzer bzw. Vorsitzenden und Geschäftsführer: Haujock, Recklinghausen; Abram, Erkenschwick; Eickhoff, Kamen; Olmes, Wanne-Eickel; Wittkowitz, Relinghausen; Röser, Dortmund-Mengede; Kollak, Hochlarmark; Stöck, Herne-Holthausen; Strahlek, Herten; und Stahlmann, Hamm; beteiligten, wurde allseitig die Berechtigung der Forderung der Kriegsopfer zum Verfahrens- und Reichsversorgungsgesetz betont, wobei die einzelnen Redner ihre praktischen Erfahrungen erläuterten, dabei aber auch mit aller Schärfe sich gegen die Sabotierung des § 104 äußerten und von den Versorgungsgerichten eine Aenderung der bisherigen Taktik erwarteten.

Nachdem im Anschluß an die Aussprache, der Gauleitung noch das volle Vertrauen von seiten der Ortsgruppenleitungen ausgesprochen wurde, schloß der Gauleiter Rimbach nach sechsstündiger Verhandlung diese äußerst anregend und harmonisch verlaufene Konferenz.

Geschäftliche Mitteilungen

Gute Vorarbeit beim Waschen.

Will man eine tadellose Leistung erzielen, so muß man gut vorarbeiten, ganz einerlei, auf welchem Gebiet es sei. Dies weiß auch jede kluge Hausfrau. Ihr ist z. B. klar, daß das Waschen der Wäsche viel schneller und leichter geht, wenn die Wäsche vorher richtig eingeweicht wurde. In der Einweichlauche quillt die Faser und der Schmutz wird gelockert. Niemals soll sie heißes Wasser dazu nehmen, denn dadurch würde der Schmutz einbrennen und ein blendendes Weiß des Gewebes nur schwer zu erzielen sein. Am besten ist, man verwendet zum Einweichen die bekannte Henko-Bleichsoda, die durch ihre hervorragende schmutzlösende Wirkung die Reinigung der Wäsche bedeutend erleichtert. Man rechnet im allgemeinen 1 Paket Henko auf 4—5 Eimer kaltes Wasser.

Es gibt nur eine Maggi-Würze! Von interessierter Seite wird versucht, Suppenwürzen, die nicht von der Maggi-Gesellschaft hergestellt sind, als „Maggi" zu verkaufen. Maggi ist aber nicht eine allgemeine Bezeichnung für Suppenwürze irgendwelcher Herkunft, sondern die gesetzlich geschützte Fabrikmarke für die von der Maggi-Gesellschaft vertriebenen Maggi-Produkte. Die erfahrene Hausfrau weiß, daß Maggi-Würze nur in den typischen Originalflaschen mit den gelbroten Etiketten und dem Namen Maggi erhältlich ist; sie läßt auch ihr Maggifläschchen nur aus Maggi's großer Standflasche nachfüllen, in der nach dem Gesetz nichts anderes als Maggi-Würze feilgehalten werden darf.

Die „Rentner" des Herrn Stegerwald!

Warum müssen die Arbeitslosen, Kriegsopfer, Unfall-, Invaliden-, Sozialrentner und Wohlfahrtsunterstützte sozialdemokratisch wählen?

Der Redakteur Stein vom „Berliner Tageblatt" hat in seiner Zeitung eine verdienstvolle Arbeit über die Auswirkung der Sozialversicherung veröffentlicht. Sie ist so lesenswert, daß wir uns veranlaßt fühlen, sie unsern Lesern vorzusetzen. Sie ist ein Gegenstück zu der Verhöhnung der Rentner durch den Reichsarbeitsminister Stegerwald. Sie ist aber auch zugleich ein Beweis, daß die SPD. die Interessen der Armen und Notleidenden vertritt. Stein schreibt:

Die Reaktion marschiert. Gegen die „sozialistische Mißwirtschaft" heißt es — womit nichts anderes gemeint ist als der heutige Staat. „Aus einem Sozialrentnervolk wollen wir wieder ein arbeitendes Volk machen", so heißt eine der schönen Parolen der Reaktion weiter.

Zu der Kampagne gegen „das Schmarotzertum von zwölf Millionen deutschen Sozialrentnern" hat Herr Stegerwald, der Reichsarbeitsminister, im Mai in seiner bekannten Rede den Auftakt gegeben — ohne bösen Willen wohl, aber doch mit bösen Folgen. Denn er berechnete zwar die Personenzahl der Rentenempfänger und schmetterte die erschreckende Ziffer von zwölf Millionen Menschen, also einem Fünftel der deutschen Bevölkerung, in die aufhorchende Welt hinaus; aber er unterließ es gleichzeitig von dem Geldwerte der gezahlten Renten zu sprechen, der ebenfalls erschreckend ist — aber erschreckend niedrig. Herr Dr. Schacht hatte sich schon vorher in der ihm eigenen Art der Formulierung über das deutsche Sozialrentnertum beschwert, und jetzt, im Wahlkampf, stürzt sich die Meute der politischen und sozialen Reaktion auf dieses dankbare Thema. Bis in Zeitungen, die noch kürzlich „demokratisch" waren, ist die Verleumdungskampagne vorgedrungen. Das Ausland staunt, und immer wieder hört man die Frage: „Ist es denn wirklich wahr, daß ein Fünftel der deutschen Bevölkerung von Renten der öffentlichen Hand lebt?"

Es ist nicht wahr!

Bei vielen sogenannten Kritikern beruht diese Vorstellung auf mangelnder Kenntnis der Tatsachen, von den meisten wird sie wider besseres Wissen, zu demagogischen Zwecken, vorgetäuscht.

Es gibt vielerlei Renten. Hier die erste Gruppe: Die Renten aus den Versicherungen gegen Krankheit, gegen Unfall, gegen Alter und Invalidität, aus der Angestellten- und der Knappschaftsversicherung. Etwa 5 400 000 Menschen erhalten zur Zeit derartige Renten. Sind sie Staatsrentner? Handelt es sich nicht um reguläre Versicherungen, um Ansprüche auf Grund von regelmäßigen Beiträgen, die die Arbeitnehmer gemeinsam mit den Arbeitgebern zahlen? Um Abzüge vom Lohn — soweit der Arbeitnehmer sie entrichtet; und um Zuschläge zum Lohn, die sonst wohl auf Grund höherer Tarife in bar ausgezahlt werden würden —, soweit sie nämlich der Arbeitgeber leistet? Alle diese „Renten" betrugen im Jahre 1929 zusammen mit Verwaltungsausgaben 4400 Millionen RM; nur etwa 100 Millionen RM mehr, als die Beitragseinnahmen des Jahres ausmachten. Und wenn der Staat für die Gesamtheit aller dieser Versicherungsanstalten im Jahre 1929 468 Millionen RM Zuschüsse gab, so dienten diese Gelder in der Hauptsache dazu, die in der Inflation verschwundenen Vermögen der Anstalten wieder aufzufrischen.

Eine zweite Gruppe von Renten: Ruhegehälter, Wartegelder, Witwen- und Waisenpensionen des Beamtentums des Reiches mit der alten und der neuen Wehrmacht sowie der Länder und der Gemeinden. Es sind zusammen etwa 330 000 Personen, die auf Grund eines regulären Pensionsanspruches — wie er selbstverständliches Attribut und Gehaltsbestandteil des Beamtentums ist — diese Renten erhalten. Sind sie vielleicht Sozialrentner? Gibt es ein Land, dessen Budget diese Ausgaben nicht enthält? Will die Reaktion den Beamten ihre Pensionen rauben, die ihnen Monat für Monat, während sie arbeiteten, gewissermaßen von ihrem Arbeitsentgelt abgezogen wurden?

Eine dritte Gruppe: die Kriegs- und Hinterbliebenenrenten. 2,5 Millionen Menschen erhalten sie. Menschen, die im Kriege zerschossen und verstümmelt wurden. Menschen, die durch das große Morden ihre Ernährer verloren.

Will man diese Menschen verächtlich als „Sozialrentner des Staates" bezeichnen?

Die 1369 Millionen RM, die der Staat für diese Renten im Jahre zahlen muß, sind nichts anderes als eine selbstverständliche Reparationsleistung.

Eine vierte Gruppe: die Armen. Menschen, die schlechthin arm sind, mittellos, arbeitsunfähig, ohne Möglichkeit eines Verdienstes, ohne Anspruch auf irgendwelche Versicherungsrenten. In Berlin sind es fast 100 000 Menschen; davon etwa 50 000 Kleinrentner und ihnen Gleichgestellte, die durch Krieg und Inflation Einkommen oder Existenz verloren haben. Die anderen sind — wie soll man es beschreiben? — die Aermsten der Armen, „Stadtarme", wie es sie immer gegeben hat, und zwar zur Hälfte Kinder. Im ganzen Reiche umfaßt diese Gruppe, die die Städte vor dem Verhungern bewahren müssen, rund 400 000 Menschen.

Soll dieser Staat hartherziger sein als der vorige, als irgendein anderer Kulturstaat?

Soll die Fürsorge für das schlimmste Elend im Jahre 1930 verschwinden?

Und schließlich eine fünfte Gruppe: die Arbeitslosen, die Opfer wirtschaftlicher Strukturwandlungen, wirtschaftlicher Krise. Ihre Zahl schwankt. Heute ist sie besonders hoch. Ueber 3 Millionen Menschen, von denen aber nur 2,5 Millionen eine Unterstützung erhalten. Eine Unterstützung, die wohlgemerkt zum größten Teil auf echten Versicherungsansprüchen beruht, auf Beiträgen, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer regelmäßig von jeder Mark Lohnzahlung entrichten. 1929 wurden von der Reichsanstalt 1264 Millionen RM Unterstützungen ausgezahlt, und immerhin 869 Millionen RM aus Beiträgen eingenommen. Der Staat zahlte die Differenz, und in diesem Jahre wird sie noch größer sein. Außerdem gaben die Städte 1929 etwa 120 Millionen RM für Arbeitslose aus, da die reguläre Versicherung der Reichsanstalt zusammen mit der Krisenfürsorge in der Regel nur ein Jahr lang, für viele Berufe nur ein halbes Jahr lang, eine Unterstützungspflicht anerkennt, so daß dann die städtischen Wohlfahrtskassen einspringen müssen.

Will man hier abbauen?

Muß den fanatischen Feinden der Arbeitslosenversicherung, die selbstverständlichen, humanen Argumenten nicht zugänglich sind, denen Hunger und Not bei anderen nichts Schreckliches bedeutet, muß diesen Leuten noch vor Augen gehalten werden, daß für die Unternehmerschaft die Arbeitslosenunterstützung unter anderem auch die Funktion einer Versicherung gegen Aufruhr erfüllt, daß der Staat und seine Steuerzahler sich mit diesem Tribut an den Hunger im Grunde nur selber schützen?

Wir haben das Heer der „Sozialrentner", bei dem viele Doppelzählungen unvermeidlich sind, und die Kosten dieser Renten aufgezählt. Nun aber zu der Frage, wie viele dieser Leute tatsächlich von ihren Renten, von den selbstverdienten und von den „unverdienten" Sozialrenten leben, und wie viel diejenigen bekommen, die wirklich ganz und gar von solchen Zuwendungen abhängig sind. Die Krankengelder scheiden aus, sie werden nur vorübergehend gezahlt, und nicht aus den Taschen des Staates. In der Invalidenversicherung betrugen die Renten 1929 im Durchschnitt monatlich 33 RM, die Witwenrenten 22 RM und die Waisenrenten 14 RM. Wer kann davon wohl leben? Jeder, der noch die Kraft hat, und der die Möglichkeit findet, muß trotz seines hohen Alters weiter arbeiten oder, kann er es nicht, als schlechthin Armer noch Zusatzrenten von den Gemeinden beziehen, um auch dann nur ein jämmerliches Dasein fristen zu können. Dasselbe, in nur wenig abgeschwächtem Maße, gilt für die Rentner der Angestelltenversicherung, die 1929 im Durchschnitt 83 RM monatlich erhielten. Das gleiche gilt für die niedrigen Rentner der Knappschaftsversicherung.

Die Pensionäre der öffentlichen Körperschaften sind wohl die einzigen, die von ihren Renten zum großen Teil nicht nur vegetieren, sondern leben können. In den höchsten Pensionsklassen — aber auch nur in diesen — können sie sogar mehr als gut leben. Doch davon später.

Nun

die Kriegsopfer.

Wir sehen viele von ihnen bettelnd auf der Straße und, so abgestumpft wir auch sein mögen, fragen wir uns doch immer wieder erschreckt: „Bekommen diese Menschen denn vom Staate nicht genügend zum nackten Leben?" Aus den folgenden Ziffern kann jeder sich selbst die Antwort geben. Bei der Berechnung der Kriegsrente spielt der ehemalige Dienstgrad des Verwundeten keine Rolle. Der Grad der Beschädigung ist die Grundlage — in der Regel rechnet der Verlust eines Auges 30 Prozent, der Verlust einer Hand 40 Prozent, der Verlust eines Beines je nach der Länge des Stumpfes 50 bis 70 Prozent. Dann gibt es mehrere Ortsklassen und drei Berufsklassen, nach denen die Rente berechnet wird. Einige praktische Beispiele: Ein zu 30 Prozent Beschädigter bekommt in der niedrigsten Orts- und Berufsklasse 15,40 RM im Monat; in Berlin, der höchsten Ortsklasse, wenn er gleichzeitig in der höchsten Berufsklasse ist, 30,45 RM pro Monat. Bei 90prozentiger Beschädigung ist der Satz in der untersten Orts- und Berufsklasse 56,45 RM für den Ledigen, in der höchsten Orts- und Berufsklasse für einen Mann mit Frau und 2 Kindern 84,85 RM pro Monat. Eine erwerbsfähige Kriegerwitwe, deren Mann Arbeiter war, erhält in Berlin 29,85 RM im Monat, eine erwerbsunfähige Arbeiterwitwe mit einem Kinde erhält in einer niedrigeren Ortsklasse 43,65 RM im Monat. Genügen diese Beispiele?

Nun,

die Armen, die Hilfs- und Mittellosen,

die von den Städten unterstützt werden. Können sie von ihren Renten leben? Es gibt da eine Allgemeinfürsorge und eine „gehobene" Fürsorge. Die Berliner Richtlinien nennen im einen Falle 42 RM monatlich für Einzelpersonen, 63 RM für Ehepaare, 18 RM für Kinder unter 15 Jahren; und im anderen Falle 53 RM für die Einzelperson, 79,50 RM für ein Ehepaar und 18 RM für ein Kind. In den anderen Städten sind die Richtsätze meistens noch viel niedriger: Die Industriestädte zahlen im allgemeinen pro Monat nur 38 bzw. 48 RM für die Einzelperson und 56 bzw. 70 RM für ein Ehepaar. Die Stadt Hindenburg zahlt noch etwa 10 RM weniger. In den Städten des Landes, in denen Herr Frick regiert, in Weimar, Eisenach usw. erhält die Einzelperson nur 26 bis 33 RM im Monat, das Ehepaar 36 bis 60 RM im Monat. Um davon zu leben!

Schließlich,

die Arbeitslosen:

In der niedrigsten Lohnklasse der Versicherung bekommen sie 6 RM pro Woche und gegebenenfalls 40 Pfennig Familienzuschlag für einen zuschlagsberechtigten Angehörigen. In mittleren Lohnklassen 11 bis 16 RM und 1,35 bis 2,25 RM Familienzuschlag. In der höchsten Lohnklasse sind es 22 RM und 3,15 RM Familienzuschlag. Die durchschnittlichen Auszahlungen betragen pro Person oder Familienvater monatlich etwa 70 RM. In der Krisenfürsorge, die im allgemeinen im zweiten halben Jahr der Arbeitslosigkeit an die Stelle der Hauptunterstützung tritt, sind die Sätze von den mittleren Lohnklassen an wesentlich niedriger. In Berlin betragen die Richtsätze für die Wohlfahrtsunterstützung ausgesteuerter Erwerbsloser 57,20 RM für den einzelnen, für erwerbslose Ehepaare mit einem Kinde 87,75 RM usw. im Monat. In den kleineren Städten sind die Sätze noch wesentlich niedriger.

Bedürfen alle diese Ziffern noch eines Kommentars? Sieht das Gesamtbild nicht wesentlich anders aus, als die Umrißzeichnung, die Herr Stegerwald gegeben hat? Dieses Bild zeigt Elend und Not, die blinde Kraft der force majeure, gegen die eine selbstverständliche, unentbehrliche Sozialpolitik mit sehr geringen Erfolgen einen Schutzwall aufbauen will. Es zeigt zwar, daß tatsächlich zehn oder zwölf Millionen Menschen der Hilfe bedürfen, daß sie aber

nicht zu viel, sondern zu wenig Hilfe

bekommen. Es zeigt, daß Rentnerdasein auch im Klang des Wortes nichts zu tun hat mit einem Rentierdasein voller Sorglosigkeit und Behaglichkeit, wie die Reaktion es so gern glauben machen möchte. Es zeigt, daß hier Pflichten zu erfüllen sind, und Pflichten in gewissem Maße erfüllt werden, die kein Staat verleugnen kann — so wichtig es auch ist, hier, wie überall, Mißbräuche auszuschalten. Wer aber an die Grundmauern dieses Notgebäudes der Sozialpolitik rührt, unter dem Vorwand, nur gegen Mißbräuche vorzugehen, der bringt den Staat ins Wanken. Er, und nicht die geringe Anzahl von Parteien, die den unverminderten Bestand der geringen sozialpolitischen Errungenschaften verteidigt, ist revolutionär.

Wer aber ungerechtfertigtes Sozialrentnertum bekämpft, der fange an der richtigen Stelle an. Er beschäftige sich mit den hohen Pensionen, die der Staat an Leute zahlt, die neben ihren Pensionen aus großem Besitz, aus Aufsichtsratstantiemen und hochbezahlten Wirtschaftsposten Einkommen beziehen, die selbst für den Standard eines noch so anspruchsvollen Lebens „gemäß" sind. Gehört er aber selbst zu dem Kreise dieser Leute, so suche er einen Weg, seinen „unverzichtbaren Pensionsanspruch" dem Staate zukommen zu lassen, und denjenigen Millionen Notleidenden, die auf staatliche Hilfe angewiesen sind.



Jeder Preis bei uns eine
Höchst-Leistung

Wir beweisen immer wieder, daß wir auch in den niedrigsten Preislagen **allerbeste Qualitäten bieten**

Damen-Lackled.-Pumps mit französischem Absatz Feinfarbige Trotteur-Spangenschuhe 9.50
Herren-Halbschuhe braun u. schwarz M.-Box neue dunkelbraune Farbe 9.80
Dam.-feinf. echt Chevreau-Pumps neueste Herbst-Mod. 12.50
Herren-Halbschuhe braun und schwarz echt Boxkalf Original God.-Welt 12.50
Damen-echt Chevr.- u. farb. Nubuk-Spang. und Pumps-Modelle 14.50
Herr.-Halbschuhe braun und Lackleder neue Formen . . . 14.50
Herren-Halbschuhe, schwarz Lack, braun und schwarz Boxkalf neue Herbst-Modelle, in vielen Ausführungen 16.50

Alsberg
Gelsenkirchen Akt. Ges.

ARBEITER-SPORT

Gedanken zur Reichstagswahl

Radikaler Abbau der Sportstätten in Moskau.

Es ist nicht alles Gold, was glänzt, besonders nicht der Fortschritt der praktischen staatlichen Unterstützung des Sportes in Rußland. Die kommunistischen Propheten unter den deutschen Arbeitersportlern mit ihrem Lobgesang über die Förderung des Sports in Rußland und der Bezichtigung der deutschen Sozialdemokratie als arbeitersportfeindliche Partei sind Demagogen, die die Wahrheit in Lüge umbiegen. „Physkultur und Sport", Moskau, das Zentralorgan der russischen Sportbewegung muß selbst zugeben, daß die Bedürfnisse des Sports von den maßgebenden sowjetischen Amsstellen als Uebel betrachtet werden, die man ausrotten muß. Da haben im Lande der „Demokratie" weder die Sportler noch sonst eine Arbeiterorganisation hineinzureden. Wir bringen aus dem genannten russischen Sportblatt vom Mai dieses Jahres die wörtliche Wiedergabe einer Schilderung der tatsächlichen Verhältnisse, wie sie z. B. in Moskau liegen:

„Die Physkultur in die Massen!" „Erweitern wir den Ausbau der Körperkultur!" — das wird von den Tribünen, in jeder Versammlung, Sitzung und Konferenz gerufen. Das ist alles ganz schön, aber in der Praxis zerplatzen diese Parolen, wie Seifenblasen. In der diesjährigen Sommersaison verliert Moskau fünf Stadien für Körperkultur, für die Hunderttausende von Rubel verausgabt worden sind. Das einzige Stadion der Bauarbeiter (Rasgulaj), das ein herrliches Klubhaus, einen Turnsaal und Sportplätze besitzt, wo jedes Jahr eine erzieherische und gesundheitfördernde Arbeit unter den Saisonarbeitern durchgeführt wurde, hat aufgehört, zu existieren. 130 000 Rubel sind in den Wind geworfen worden. Dieser Platz ist für den Bau eines Ledigenheimes für die Studenten des Instituts „K. Liebknecht" bestimmt worden.

Dasselbe gilt für den Sportplatz der Holzarbeiter (Ssemenowskaja Sastawa). Dieser Platz ist renoviert worden und sollte in diesen Tagen feierlich eröffnet werden, aber — o weh! — er wird geschlossen. Dabei sind vor der Erbauung dieses Platzes eine Reihe autoritativer Kommissionen dagewesen, die die Untauglichkeit des Bodens des Stadions für andere Bauten anerkannten. Und nun, da das Stadion erbaut ist, wird — das Land . . . gebraucht.

Ebenso sind die Sportplätze der Eisenbahner und beim Palais Awiachim geschlossen worden. Sie werden bebaut.

Unter der Gefahr der Schließung befindet sich z. B. eines der besten Stadien Moskaus — KPT., aber „Oh, Glück im Unglück", wegen Mangel an Baumaterialien fristet das Stadion irgendwie noch sein Dasein.

Tausende von Arbeitern verlieren die Möglichkeit, Körperkultur zu treiben. **Die Arbeiter fragen, warum die gewerkschaftlichen und anderen öffentlichen Organisationen über die Zweckmäßigkeit der Sportplätze, — deren es in Moskau sowieso wenige gibt, nicht in großen Arbeiterversammlungen verhandelt haben.** Dies alles wird auf Anhieb gemacht: eins — zwei — und der Sportplatz ist geschlossen.

Aus dem Lager der Sportler und Sportlerinnen

Am morgigen Tage ruht wegen der Wahl jeglicher Sportbetrieb. Jeder Sportler, jede Sportlerin hat sich restlos der Sozialdemokratischen Partei zur Verfügung zu stellen!

Nutzt die letzten Stunden noch aus! Helft mit! Tragt bei zu dem Sieg der Sozialdemokratischen Partei! Liste 1!

Bezirksnachrichten und sonstige Mitteilungen

Achtung! 13. Fußballbezirk! Achtung!

Morgen Spielverbot!

Morgen, den 14. September (Wahltag), dürfen laut Kreisratsbeschluß keine Spiele ausgetragen werden. Ferner werden die Vereine, die von mir den Bescheid erhalten haben, gebeten, etwa angesetzte Spiele rückgängig zu machen.

Für morgen darf die Parole nur lauten:

Alle Stimmen der Sozialdemokratischen Partei, Liste 1!
Auf in den Kampf!

Wahltag ist Zahltag!

Der Bezirksausschuß: J. A.: Buschor.

*

13. Fußballbezirk.

Am Sonntag, dem 21. September, findet in Buer im Volkshaus, Gladbecker Straße, vormittags 10 Uhr, eine Vereinsvertretersitzung statt.

Tagesordnung wird dort bekanntgegeben.

Der Bezirksausschuß trifft sich eine Stunde vorher.

Buschor, Spartenleiter.

*

An die Vereinskassierer!

Es ergeht zum letzten Male die Aufforderung zur Zahlung der Bezirksbeiträge (2. und 3. Quartal 1930). Andernfalls werden die säumigen Vereine bekanntgegeben!

Wattenscheid ist mit dem 1., 2. und 3. Quartal noch rückständig. Denkt an eure Pflichten!

Wilhelm Schmidt, Bezirkskassirer,
Bottrop-Boy, Horster Straße Nr. 494.

*

13. Turnspartenbezirk.

Sonntag, den 21. September, findet in Wanne-Eickel (Reimersturnhalle), Stöckstraße, vormittags ab 9 Uhr, eine Uebungsstunde für Männer, Jugend und Frauen statt. Zwecks Einführung der Serienwettkämpfe bitte ich, daß sämtliche Vereine erscheinen.

Die Frauenturnwarte wählen in der nächsten Sitzung ihren Frauenturnwart. — Die Bezirksriege hat vollständig zu erscheinen. Unentschuldigtes Fernbleiben wird bestraft.

Nach der Turnstunde findet noch eine Sitzung statt.

Tagesordnung: 1. Uebungsmaterial für die Lehrstunden; 2. Serienwettkämpfe; 3. Vorturnerprüfungsbestimmungen; 4. Herbstwaldlauf am 5. Oktober 1930.

Ph. Ritter, Bezirksmännerturnwart.

*

Freier Spielverein Titania Essel.

Sonntag vormittag um 10 Uhr: Monatsversammlung. Alles hat zu erscheinen!

*

Vorwärts Marl.

sucht für Sonntag, den 28. September, ein Spiel nach auswärts für die 1. und die 2. Mannschaft.

Angebote gehen an den Genossen Albin Sterzel, Marl, [illegible]straße 10.

Vom weißen Sport

Das Tennisspiel hat sich immer mehr zu einem Volkssport entwickelt. Und nicht zu unrecht; denn nicht alle Sportarten bieten dem aktivem Sportsmann soviel Anregung und Befriedigung. Jahrhunderte alt ist das Tennis. Seine Technik hat sich allerdings wesentlich geändert.

Mit dem vor mehereren hundert Jahren ausgeübten Ballspiel hat unser Tennis nur noch wenig Aehnlichkeit, denn immer neue Feinheiten kommen hinzu. Die ersten Anfänge des Tennisspiels mit primitiven Schlägern und mit Bällen, die mit Werg und Stoff gefüllt waren, lassen sich auf das Mittelalter zurückführen. Im 13. Jahrhundert begegnen wir diesem Spiel bereits in Frankreich, das dort unter dem Namen „Jeu de Paume" gepflegt wurde und von hier aus seinen Weg nach England fand. Nur wenigen dürfte bekannt sein, daß dort noch heute unter dem Namen „Real Tennis" auf überdeckten Plätzen im Londoner Queens Club und einigen im Privatbesitz befindlichen Hallen ein Spiel gespielt wird, das nicht nur in der Gestaltung des Spielraumes, sondern auch in gewissen Fachausdrücken noch stark an seinem französischen Ursprung in den Höhen der alten Ritterburgen und später in eigens dazu gebauten „Ballhäusern" erinnert. Von dem heutigen unterschied sich das damalige Spiel dadurch, daß die Wände des überdeckten Platzes in das Spiel mit einbezogen waren. Um die Wende des 16. Jahrhunderts wurde in Deutschland in ähnlicher Form das Ballspiel im „Ballhaus" betrieben, starb aber nach kurzer Zeit aus.

Das heutige, zunächst in England im Freien und auf Rasenplätzen betriebene Spiel mit dem offiziellen Namen „Lawn Tennis" ist von Anfang an ein Sportspiel gewesen. Von hier aus hat es in seiner modernen 40jährigen Entwicklung einen beispiellosen Siegeszug durch die ganze Welt angetreten. Bei uns in Deutschland waren es Engländer, die das Spiel eingeführt haben.

Weitblickende deutsche Sportsleute erkannten schon damals den inneren und äußeren Wert des von den Engländern betriebenen Spiels. Ihren rastlosen, aufopfernden Bemühungen wie ihrem Organisationstalent ist es zu danken, daß in jenen Zeiten die Grundlagen für das feste Gefüge unseres heutigen Tennisspiels geschaffen worden sind. In kurzen Zügen ist dieses die Entwicklung unseres heutigen Tennissports. Die Geschichte des Tennis im Arbeiter-Turn- und -Sportbund werde ich in einem der folgenden Aufsätze behandeln.

Und nun noch einige Ratschläge. Dem Laien erscheint das Tennisspiel besonders schwer, und doch ist es, wenn man seine Technik beherrscht, nicht schwerer, als jede andere Sportart. Die „Meisterschaft" hängt von der Beherrschung der Grundschläge ab: Vorhand, Rückhand und Aufschlag. Als der wichtigste muß der Vorhandschlag angesehen werden. Beobachtet man die großen Meister bei Ausübung des Vorhandschlags, so wird selbst der Laie feststellen, daß jeder den Schlag anders macht. Der Körper und die Kleidung darf nicht hemmend wirken. Bei Beginn des Schlages sind die linke Schulter und der linke Fuß dem Netz zugewandt. Auf den rechten Fuß wird der Körperschwerpunkt beim Ausholen zum Schlag verlegt, während der Arm nach hinten schwingt. Der Arm schwingt dann nach vorn, Schlagfläche des Schlägers in Höhe des Handgelenkes. Am schärfsten ist der Schlag, wenn der Ball, sobald er in der Luft sich in gerader Linie mit dem linken Bein befindet, getroffen wird. Eine kurze und doch scharfe Bewegung muß das Ausholen sein. Der Schwung muß frühzeitig beginnen und doch der Entfernung und Fluggeschwindigkeit des Balles angepaßt sein. Den Ball zur Platzmitte zu spielen, ist gerade nicht vorteilhaft. Man muß die Ecken fegen, wie der geübte Spieler sagt, d. h. den Ball möglichst in die Ecken schlagen. Der Gegner muß hin- und hergehetzt werden. Die Flugrichtung des Balles durch entsprechende Fußstellung zu bestimmen, ist nur vorteilhaft, denn der Schläger schafft es doch viel besser. Mit dem Aufschlag beginnt jedes Spiel. Darum darf dieser Grundsatz von den Spielern nicht unterschätzt werden. Bringt man den Aufschlag gut an, zwingt man den Gegner in die Verteidigung und ist so im Vorteil. Schlägt man dagegen schlecht, so drängt der gute Rückschlag des Gegners zur Verteidigung. Bei Ausführung aller anderen Schläge kann man einen gemachten Fehler mit der Geschwindigkeit und Zeitkürze, in der sie ausgeführt werden, entschuldigen, so ist zum Aufschlag reichlich Zeit und Ruhe vorhanden, um ihn fehlerfrei zu machen. Der Ball wird beim Aufschlagen in die Luft geworfen. Es ist hierbei zu beachten, daß der ganze Körper nebst Schlagarm gestreckt ist, der Ball aber auch in dem Augenblick getroffen wird, wo er seinen Höhepunkt erreicht hat, weil er dort für den Bruchteil einer Sekunde bewegungslos in der Luft liegt. Berücksichtigt man diese zwei Punkte, ist die Wurfhöhe des Balles von selbst bestimmt. Beim Ausholen müssen die Bewegungen beider Arme zusammengehen. Während die rechte Hand mit dem Schläger nach hinten geht, wirft die linke den Ball hoch. Nähert sich der Ball seinem Höhepunkt, streckt sich der rechte Arm und schwingt mit aller Kraft aufwärts nach vorn, den Ball im höchsten Punkt treffend. Beim Ausholen wird der Körper im Kreuz hohl, der Schwerpunkt liegt über dem rechten Fuß. Der Körper legt sich beim Schlag nach vorn, der Schwerpunkt wird auf den linken Fuß verlegt.

Die Rotation des Balles spielt naturgemäß bei jedem Schlag eine große Rolle. Daß der Ball bei seiner Vorwärtsbewegung noch eine Eigenumdrehung ausführt, die die Flugkurve ändert und den Aufsprung stark beeinflußt, kann man erreichen durch besondere Schlägerhaltung und Schlagänderung. Seiner Flugrichtung entgegen dreht sich der „unterschnittene" Ball, der Schläger geht unter dem Ball vorbei. Dreht sich der Ball in Richtung der Flugbahn, dann gleitet der Schläger im Schlag über den Ball. Diese beiden Anwendungen, um den Ball zur Eigendrehung zu bringen, beeinflussen das Spiel stark, denn der Aufsprung des Balles ist derart verschieden, daß der Gegner, erkennt er nicht vor dem Aufsprung den Schlag, gewöhnlich „hilflos" ist.

Jeden einzelnen Schlag der „Schlagserie" hier zu erwähnen, würde zu weit führen; es sei aber nochmals betont, daß von der Beherrschung der Grundschläge die ganze Entwicklung der anderen Schläge abhängt. Gustav Lippkau.

Adressenänderung: Freie Turnerschaft Bottrop (Abteilung Handball). Sämtliche Spielangebote gehen an den Genossen Gottlieb Thöring, Bottrop-Boy, Flöttestraße 8.

*

Eintracht Gelsenkirchen.

Zu dem Trainigsabend heute (Samstag) haben die erste und die zweite Mannschaft zu erscheinen. Ab 17 Uhr: Beginn der Trainingsstunde. **Der techn. Leiter.**

*

Arbeiter-Rad- und -Kraftfahrer-Bund „Solidarität", Ortsgruppe Gladbeck.

Achtung, Bundesmitglieder! Am Sonntag, dem 14. September, ist Wahltag! Alle Mitglieder, die auch Mitglied der SPD. sind bzw. mit ihr sympathisieren, stellen sich zur Wahlhilfe. Treffpunkt ist um 9 Uhr vormittags am Sekretariat, Karlstraße 5.

Weitere Informationen werden dort bekanntgegeben.

*

Arbeiter-Schachverein Gladbeck.

In der A-Klasse siegten im letzten Meisterschaftsspiel folgende Spieler: Brune B., Brune W., Pawlicky, Feltz R., sowie Andrikowski an den Brettern 1, 4, 5, 7 und 10.

Unentschieden spielten: Rulofs und Horbach (Brett 5 und 6). Es verloren: Rulofs, Schiwy und Wittwer (Brett 2, 8 und 9). Flechsig, Rogat, Spengler K., Seeliger, Wabner und Weißpflog waren die Sieger in der B-Klasse. Majewski H., Musiolik, Lukrafka Otto erzwangen ein Unentschieden. Als einziger verlor hier Zitnik am Brett 16. Alles in allem: eine sehr gute Leistung der Mannschaft!

Resultate der C-Klasse folgen noch.

Am Sonntag, dem 14. September: Spielverbot!

Alle Schachgenossen halten sich restlos zur Wahlarbeit bereit, damit der Sieg der Sozialdemokratie, Liste 1, ein vollständiger wird!

*

Freie Schwimmer Erkenschwick.

Am Sonntag, dem 7. September 1930, hielt der Verein seine außerordentliche Generalversammlung ab. Die Mitglieder waren sehr zahlreich erschienen, handelte es sich doch darum, das Fundament der Arbeiter-Turn- und -Sportbewegung in Erkenschwick zu stärken und zu festigen. Die Versammlung stimmte einmütig für eine geschäftliche Verschmelzung der Turner und Schwimmer. Durch diese Einigkeit wird den Mitgliedern die Beteiligung am Turn- und Schwimmsport wesentlich erleichtert. Was das bedeutet in dieser schweren Zeit der Feierschichten und Arbeitslosigkeit, wird jeder selbst wissen. Die Vorstände beider Vereine stellten ihre Posten zur Neuwahl zur Verfügung. In den neuen Vorstand wurden folgende Genossen gewählt: Anton Wagner, 1. Vorsitzender; Paul Tauscher, 1. Kassierer; Fritz Zimmer, 1. Schriftführer.

Wir hoffen, daß dieser Schritt die Entwicklung der Arbeitersportbewegung in Erkenschwick fördern wird, und der Verein bald zu einem der stärksten des 13. Bezirks heranwächst!

An alle örtlichen Jugendpflege treibenden und dem Ortssportkartell angeschlossenen Vereine!

Wie notwendig das Rettungsschwimmen geworden ist, zeigen uns immer wieder die Meldungen von Ertrinkungsfällen. Unendlich traurig ist die Tatsache, daß, zumal in den heißen Sommermonaten, kein Sonntag vergeht, wo nicht ein oder mehrere Menschen dem nassen Element zum Opfer fallen. Und meistens sind es Proletarier, die nach den schweren zermürbenden Wochentagen ihrem Körper etwas Erholung gönnen, ihren müden Geist an der Schönheit der Natur wieder auffrischen wollen.

Die Erfahrungen haben gezeigt, daß auf solchen Ausflügen und Wanderungen auch Stellen zum Baden benutzt werden, die einem Nichtschwimmer bzw. unkundigen Schwimmer schon oft zum Verhängnis wurden.

Furchtbar muß es für den Leiter einer Wanderfahrt sein, nach der Fahrt vor die Angehörigen eines Teilnehmers treten zu müssen mit der Nachricht: Euer Sohn oder eure Tochter ist auf unserer Wanderfahrt ertrunken, weil keiner von uns sicher schwimmen konnte!

Der Arbeiter-Turn- und -Sportbund hat es sich zur Hauptaufgabe gemacht, diese schrecklichen Vorkommnisse auf ein Mindestmaß zu beschränken. Alle wassersporttreibenden Bundesvereine sind angewiesen, Rettungsschwimmer auszubilden, um damit den Unfallgefahren vorzubeugen.

Nicht schlagende Rekorde und Sensationsmache, sondern ein schwimmkundiger Nachwuchs ist das Ziel.

„Jeder ein Schwimmer, jeder ein Retter!"

Die Freien Schwimmer Erkenschwick veranstalten in diesem Herbst einen Rettungsschwimmkursus. Jeder dem Ortssportkartell angeschlossene Verein kann zwei Mann an dem Kursus kostenlos teilnehmen lassen, es ist sogar Pflicht eines jeden Vereinsleiters, zwei Mann zu melden.

Der Kursus behandelt folgende Themen:

Der Arbeiter-Turn- und -Sportbund.
Organisation des Rettungsdienstes.
Baderegeln und Badeunfälle.
Selbstrettungsformen in Theorie und Praxis.
Anatomie.
Tauchen und Schwimmen.
Atmung und Blutkreislauf.
Befreiungs- und Transportgriffe an L. u.
Erste Hilfe bei Unfällen.
Springen und Retten im Wasser.
Methoden der Wiederbelebung.
Apparate zur Wiederbelebung.
Schwimmunterricht.
Boots- und Eisunfälle.
Vorgänge beim Ertrinken.

Den Vereinen ist Gelegenheit gegeben, in ihrer nächsten Versammlung zwei Mann für den Kursus zu bestimmen und zu melden.

Die Meldungen müssen bis zum 15. September 1930 bei Kurt Mätzig, Erkenschwick, Wrangelstraße 15, eingegangen sein. **Der tech. Leiter.**

Arbeitersportler wählen S.P.D.

SPD — GELSENKIRCHEN-BUER

SPD., Ortsgruppe Altstadt.

Achtung, Agitationsleiter und Wahlhelfer!

Die Flugblätter müssen sofort auf dem Parteibüro, Augustastraße 18, abgeholt werden.

SPD., Ortsgruppe Schalke.

Achtung! Alle Parteigenossen, Freigewerkschaftler, Mitglieder der Arbeiter-Sportvereine und der Kulturbewegung von Schalke, die gewillt sind, am Sonntag, dem 14. Sept., für die Sozialdemokratische Partei Wahlarbeit zu leisten, werden gebeten, sich Sonntag morgen 8 Uhr im Lokale Heining, Gewerkenstraße, einzufinden.

Ortsgruppe Bulmke.

Samstag nachmittag müssen die letzten Flugblätter verteilt werden. Am Sonntag melden sich die Parteigenossen, die noch keine bestimmte Wahlarbeit übernommen haben, im Lokale Döhring, Ecke Hohenzollern- und Olgastraße. Dies ist das Zentralwahllokal der Ortsgruppe Bulmke. Nach Schluß der Wahl sind die Resultate der einzelnen Stimmbezirke aus der Ortsgruppe Bulmke dahin zu melden. Telefon-Nr. 22722.

Ortsgruppe Bismarck Ost.

Zentralwahllokal ist Kohring, Bismarckstraße. Alle Wahlhelfer und Freunde unserer Bewegung, die sich als Wahlhelfer beteiligen wollen, treffen sich dort Sonntag morgen um 7.30 Uhr.

SPD., Ortsgruppe Bismarck West.

Sonntag, den 14. dieses Monats, morgens 7.30 Uhr, treffen sich die Listenführer im Wahlbüro, Lokal Riem. Alle anderen Parteigenossen melden sich um 8 Uhr zum Schleppen. Nach der Wahl: Gemütliches Beisammensein im Lokal Riem.

Ortsgruppe Hüllen.

Das Zentralwahllokal ist bei Nachbarschulte. Parteigenossen, Freigewerkschaftler usw., die noch bei der Wahlarbeit helfen wollen, treffen sich morgens um 8 Uhr. Um 8.30 Uhr sind nochmals Flugblätter in der Wohnung des Ortsgruppenleiters Gelinski abzuholen.

Ortsgruppe Rotthausen.

Sämtliche Funktionäre und Wahlhelfer treffen sich am Samstag um 19.30 Uhr beim Genossen Praske (Volkshaus) zu einer Besprechung. Diejenigen, die an dieser Besprechung nicht teilnehmen können, treffen sich dort am Sonntagmorgen um 7.30 Uhr. Weiterhin melden sich alle Genossen, Freigewerkschaftler und Reichsbannerkameraden, die sich zur Wahlarbeit noch zur Verfügung stellen, am Sonntagmorgen beim Genossen Praske (Volkshaus).

SPD., Ortsgruppe Buer Mitte.

Heute, Samstag, 19. Sept., 19 Uhr, findet im Volkshaus, Gladbecker Straße, eine wichtige Funktionärsitzung statt. Alle Funktionäre und Wahlmitarbeiter müssen unbedingt erscheinen.

Der Vorstand.

Achtung, Mitglieder der Stadtverordnetenfraktion:

Mittwoch, den 17. dieses Monats, 19.30 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Gelsenkirchen, Essener Straße (1. Etage): Wichtige Fraktionssitzung.

Ortsgruppe Buer-Hassel.

Letzter Appell für Mitarbeiter am Wahltage!

Alle Funktionäre der Partei und der Freien Gewerkschaften, der Arbeiterradfahrer und der SAJ. werden dringend aufgefordert, sich mit größtem Eifer und Begeisterung früh um 7 Uhr im Zechengasthause zur Wahlarbeit einzufinden.

SAJ — JUGEND-VERANSTALTUNGEN

SAJ., Gelsenkirchen.

Achtung, Wahlarbeit!

Jugendgenossinnen und -genossen! Wir stellen uns am Sonntag, dem 14. dieses Monats, restlos der Partei zur Verfügung. Es ist Pflicht aller, sich bei den Ortsgruppenführern zu melden, um in irgendeiner Form, als Listenführer, Schlepper usw., bei der Wahl mitzuhelfen. Diejenigen, die in den einzelnen Ortsgruppen keine Arbeit bekommen, melden sich auf dem Zentralwahlbüro der Partei im Metallarbeiterheim, Augustastraße. — Der Sieg der Partei ist auch unser Sieg. — Nach Beendigung der Wahl sind wir im Jugendheim.

SAJ., Bezirk Buer.

Gemeinsam mit der Partei leisten wir am Sonntag unsere Wahlarbeit. Es trifft sich:
Buer-Erle um 8 Uhr bei Achenbach,
Buer Mitte um 8 Uhr im Volkshaus,
Buer-Hassel um 7 Uhr im Zechengasthaus,
Buer-Scholven um 8 Uhr bei Klose, Juliusweg 10.

KINDERFREUNDE

Kinderfreunde, Gelsenkirchen.

Morgen, Sonntag, um 15 Uhr, treffen wir uns alle (Kinderfreundegruppen und Rote Falken) im August-Bebel-Haus. Bringt Freunde, die ihr in der Ferienzeit in der Freiluftschule gefunden habt und sonstige Bekannte mit.

Alle Gruppen

kommen am Montag, dem 15. dieses Monats, nachmittags um 5 Uhr, zum Metallarbeiterheim. Es wird erwartet, daß alle Falken zur Stelle sind.

Quartiere zum Kinderfreundetreffen.

Hast du schon Quartiere zu unserem Kinderfreundetreffen geholt? Denke an deine Pflicht! Wir brauchen sehr viel Quartiere für die auswärtigen Gruppen. Gib deinem Gruppenhelfer und dem Genossen Schindewolf sofort Nachricht!

REICHSBANNER SCHWARZ-ROT-GOLD

Ortsgruppe Gelsenkirchen.

Sämtliche Kameraden, die am Wahlsonntag durch ihre politische Partei nicht beschäftigt sind, treten vormittags 9 Uhr in Zivil bei Kuhlmann, Schalker Straße, an.

Versammlung in Essen.

Fahrtausweise zum Preise von 10 Pfennig sind bei den Kameradschaftsführern zu haben. Abfahrt: Sonntags, 6.30 Uhr, ab Wiese.

Reichsbanner-Schutzsport

Kreis Gelsenkirchen.

Schutzsport.

Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß im Gau Westliches Westfalen während des Wahlkampfes allgemeines Spielverbot besteht. Selbstverständlich findet auch am Wahlsonntag kein Spiel statt. Die Schutzsportler stehen nur im Wahlkampf und sind am Wahltag aktiv tätig.

Die Kreisleitung.

Schutzsport, Gelsenkirchen.

Samstag abend fällt das Turnen aus. Alle Kameraden beteiligen sich an der Kundgebung in Essen. — Wegen der Wahl bleibt der Sonntag spielfrei.

Schutzsport, Buer.

Samstag, den 13. dieses Monats, um 18 Uhr, im Lokal Grünewald: Uebungsstunde! Jeder hat seine Sportkleidung mitzubringen.

ARBEITER-SPORT

Touristenverein „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Gelsenkirchen.

Wir machen unsere Mitglieder noch einmal darauf aufmerksam, daß unsere Jugendgruppe ab Montag, den 15. dieses Monats, wieder regelmäßig zum Tanzabend zusammenkommt.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Alfred Zingler; für den Anzeigenteil: Karl Chemnitz, beide in Gelsenkirchen. — Druck und Verlag: „Volkswille". Ludwig Leypoldt, GmbH., Gelsenkirchen-Buer. — Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn dies ausdrücklich verlangt und zu diesem Zwecke Rückporto beigefügt wird.

Einweichen mit Henko erspart Ihnen:





Einweichen mit Henko ist die bequemste Art der Schmutzlösung!

Gesundheit und Wäsche bleiben geschont. Sie waschen bedeutend billiger und schneller. Legen Sie also die schmutzige Wäsche abends vor dem Waschtag in eine kalte Henkolösung, lassen Sie diese nachtsüber stehen, morgens ist der Schmutz vollkommen gelockert. Bequemer können Sie nicht waschen.

Also:

nehmen zum Wäscheeinweichen
nehmen zum Wasserweichmachen

Kennen Sie schon das jüngste Erzeugnis der Persilwerke: Henkel's Aufwasch-, Spül- und Reinigungsmittel?

Unterhaltung und Wissen

Die Idee des Einanderauffressens

Geld auf der Strasse

Allerlei Verdienstmöglichkeiten

Vor kurzem zirkulierte bei vielen Bankiers und Magnaten der Pelzindustrie ein Rundschreiben, in dem jemand die Finanzierung eines „wunderbaren Geschäftes" vorschlug, dessen Verwirklichung den Unternehmern in kurzer Zeit schwere Gelder einbringen sollte. Es handelte sich um die Gründung einer „Katzenzüchterei" in der Nähe des Pinnow-Sees mit einer Million Katzen Kapitalseinlage, die, nach genauer Rechnung, mit ökonomischer „Betriebsleitung" jährliche „Zinsen" von zwölf Millionen Katzen oder, noch genauer, durch Veräußerung der Katzenfelle an die Pelzindustrie, ein tägliches Bruttoeinkommen von 40 000 Mark, d. h. einen monatlichen Profit von rund 400 000 Mark bringen würde. Die Ungeheuerlichkeit des Geschäfts liege in einer einfachen Spekulation. Neben der Katzenzüchterei würde auch eine „Rattenzüchterei" mit mehreren Millionen Ratten eingerichtet werden, womit das ganze Ernährungsproblem auf die einfachste Weise gelöst wäre.

„Denn" — wie der glückliche Besitzer dieses Tips am Schlusse des Rundschreibens wörtlich bemerkt — „die Katzen werden die Ratten fressen, und die Ratten die Katzenkadaver, und wir werden die Felle haben."

Ich weiß nicht, ob sich der Finanzmann für dieses Unternehmen schon gefunden hat. Fest steht jedenfalls: die Idee des Einanderauffressens hat in ihrem Kern alles in sich, was als praktische Lösung des „Perpetuum mobile" unter Umständen die langersehnte Triebkraft eines beispiellosen Geschäftes bedeuten könnte. Es wird ein Kulturhistoriker kommen, der diese Idee als grundlegend und symbolisch für unser Zeitalter erkennen wird. Er wird sagen: Nicht nur Katzen und Ratten, auch Menschen hätten am liebsten einander aufgefressen, um vorwärts zu kommen. Es wurde krampfhaft nach Geschäftsideen, nach Tips gejagt, die mit ihrer Neuheit einen schmerzlosen und raschen Aufstieg ermöglichen sollten.

An Ideen fehlt es freilich unserer Generation ganz besonders. Den meisten Sinn für Ideen beweist auch heute noch der Amerikaner. Er weiß: je einfacher eine Idee ist, und je weniger Kapitalsanlage sie benötigt, um so größere Chancen liegen in ihr.

Die guten Ideen liegen sozusagen auf den Straßen herum. Tausendmal gehen wir an ihnen vorbei, ohne sie zu erblicken. Die „gute Idee" erfordert nur eine gewisse Technik, und indem man den einfachsten Gedanken der Welt mit einem Sprung ins Ungewöhnliche oder Groteske verlängert, stößt man auf den „guten Tip", der sehr oft ein Vermögen bedeutet.

So lebte z. B. in Amerika ein Mann namens John Langseth, der plötzlich krank und arbeitslos wurde. Während dieser Zeit vernachlässigte er sich dermaßen, daß sein überaus starker Bart ins Ungeheure wuchs. Da kam er auf die „gute Idee". Er ernannte sich zum Bartchampion und war eine Zeitlang der Bestbezahlte unter den „Wundertieren" des Mr. Barnum. Sein Bart war noch kaum 17 Fuß lang, als er schon mehrere Millionen Dollar besaß und sich eine Farm kaufte, um sein Lebensende zu verschönern. Er trug seinen langen Bart noch aus Dankbarkeit und zu eigenem Vergnügen bis vor kurzem, als er in seinem 82. Lebensjahre verstarb.

Manchmal könnte man denken, mit der Verpflanzung von Nationalgepflogenheiten eines fremden Landes sein Glück zu machen. Aber was dem ungarischen Bauern Stefan Egyedi gelang, das gelingt nicht jedem. Nach dem Kriege machte sich der völlig mittellose Bauer auf den Weg nach Amerika.

Außer seiner Schlauheit besaß er nichts mehr als ein Säckchen Mais. Nun war er da, in New York. Auf dem Broadway packte er umständlich sein Säckchen aus.

An einem kleinen Röstofen zündete er ein Feuer an. In ein großes Sieb warf er die trockenen Maiskörner und fing an, sie über dem Feuer zu rösten. So macht man das in Ungarn. Und wenn das Maiskorn geröstet ist, so springt die gelbe Schale auf, schwillt das weiche weiße Fleisch zu Nußgröße an, und husch, fliegt es hoch; es sieht dann aus wie ein Schneespringbrunnen. Es ist ungemein witzig, wenn man das noch nicht gesehen hat. Die guten Amerikaner blieben auch vor diesem Wunder Mr Egyedis stehen und kauften dieses weiße Zeug, dessen Kauen, ähnlich dem der Körner der Sonnenblume oder des Kaugummis, besonders gegen Langeweile wirksam ist. Heute ist der Bauer ein vielfacher Millionär.

Daß in dem rekordhungrigen Amerika die Sportleistungen zu den guten Verdienstmöglichkeiten gehören, ist auch leicht zu begreifen. Es gab eine Zeit, wo die sonderbarsten Rekordleistungen zu den einträglichsten Geschäften gehörten. Der erste Hungerkünstler, ein stellungsloser Wurstfabrikarbeiter, verdiente in einem Jahre mehrere Millionen Dollar. Ein anderer, ein Tänzer, suchte sein Glück mit dem Dauertanz zu machen; ein engagementsloser Schauspieler vollbrachte ein Sechstage-Rederennen. Auch diese Tips erwiesen sich als rentable Geschäfte. Natürlich waren das einmalige Geschäfte, für die das Interesse des Publikums bald abflaute.

In Europa ist man inzwischen darauf verpicht, aus anderen Sportleistungen Geld zu schlagen. Die Ideen, zu Fuß, mit einem Roller, per Fahrrad oder Motorrad, mit einer wackligen Droschke, mit einem Seelenverkäufer, mit Flugzeug um die Welt zu kommen, zeigen, wie ideenarm unsere Zeit ist.

Es wäre ungerecht, große technische Erfindungen als Tips, die viel Geld einbrachten, zu verzeichnen. Denn der Begriff „Tip" schließt Ideen, die in sich einen konkreten, praktischen Wert darstellen, aus. Manche von ihnen, deren Verwertung ihren praktischen Wert tausendfach überstieg, deren Erfindung dabei auf einem einfachen, auf der Hand liegenden Gedanken beruht, wollen wir hier jedoch erwähnen. Denn daß der glückliche Erfinder einer ungewöhnlich einfachen technischen Spekulation, die den bekannten „Reißverschluß" zustande brachte, selbst nicht ahnte, daß daraus ein Millionengeschäft werden, und daß sie von Damenhandtasche bis zu Banktresors überall Verwendung finden würde, ist wohl sicher. Auch der mittellose deutsche Ingenieur Schüfftan, dem plötzlich der Gedanke aufging, statt monumentaler und kostspieliger Bauten bei Filmaufnahmen nur kleine Modelle zu verwenden, die durch Spiegelreflexe zu naturgetreuen Aufnahmen werden, war lange Zeit hindurch nur ganz allein von der Größe dieser Idee überzeugt.

Jahre vergingen, bis die Idee durchdringen konnte und den Ingenieur Schüfftan zum Schluß doch zu einem steinreichen Manne machte.

Vor drei Jahren lungerte in den Straßen Budapests hungrig und beschäftigungslos ein junger ungarischer Student, namens Andreas Lovas, herum. Geschwächt durch das Hungern der letzten Tage konnte er sich kaum noch weiterschleppen; seine Glieder waren schwer wie Blei, seine Bewegungen wie mit der Zeitlupe aufgenommen. Plötzlich erkannte er in einem Schaufenster das ungemein Groteske dieser Bewegungen, und es kam ihm ein rettender Einfall. Er nahm einen Partner und arbeitete eine Varietténummer aus, die unter dem Namen „Die lebende Zeitlupe" sehr bald eine der komischsten und populärsten Artistennummern wurde. „Die 2 Caligaris" gehören heute zu den bestbezahlten Varietténummern Europas, und ihre tägliche Gage beträgt 500 bis 1000 Mark. Wirklich ein Tip, der ein Vermögen bringt. Nikolas Aranyosi.

„Betrifft die Lehre von der Unfehlbarkeit des Papstes"

Reichstagssorgen vor 60 Jahren

Geradezu phantastische Begriffe müssen im Geburtsjahr des ersten deutschen Reichstags vor rund 60 Jahren in manchen Köpfen von den Obliegenheiten geherrscht haben, die in das Arbeitsgebiet der Volksvertreter fielen. Vielfach scheint man das neue deutsche Parlament nicht nur als oberste Instanz in allen möglichen und unmöglichen Angelegenheiten, sondern auch als williges „Mädchen für alles" betrachtet zu haben, dessen Pflicht und Schuldigkeit es war, sich um die kleinsten Sorgen der Bürger zu kümmern. Mit den Jahren und der längeren parlamentarischen Tradition wuchs wohl auch in der breiten Volksmasse das Verständnis für die Stellung des Reichstages als Machtausdruck des Staates, das Wissen um Zuständigkeit und Abgrenzung seiner Arbeitsgebiete. Kurios und grotesk aber sind die Dinge, die im ersten Sessionsjahr 1871 als „Petitionen" an den Reichstag geschickt und hier, wenn auch meist nicht verhandelt, so doch fein säuberlich abgeschrieben, nach Name und Wohnort des Einsenders, Art und Inhalt des Schreibens einregistriert und als Ergänzungsblätter zu den Verhandlungsberichten gedruckt wurden. Wer eine vergnügliche Stunde erleben will, der blättere in den alten Bänden.

Die Kennzeichnung der Einsendung als „unverständlich" ist häufig anzutreffen. Daneben gibt es eine Anzahl „unverständliche religiös-politische Betrachtungen", die sogar von Amerika herübergesandt wurden. Zahlreiche Handwerker bitten um Erlaubnis zur Ausübung ihres Berufes. So ersucht ein Mann aus Kassel den Reichstag um Zulassung zum Schornsteinfegergewerbe. Solche Petitionen sind noch am vernünftigsten. Merkwürdiger berührt schon die Beschwerde eines Malers aus Bunzlau „wegen angeblicher Gefangenhaltung und Verfolgung durch thierischen Electro-Magnetismus". Der Gemeinderat zu Empfingen in Hohenzollern bittet dagegen — was an dieser Stelle ganz besonders paradox wirkt — um Erlaß eines Gesetzes zum Schutz gegen — Querulanten. Ein ganz revolutionärer preußischer Freiherr empfiehlt dringend die „Abschaffung des Adels und Einführung eines allgemeinen Bürgertums zur Sicherung des inneren Friedens". Ein Schuhmachergeselle beschwert sich wegen seiner Irrsinnigkeitserklärung durch den „Herrn Kreisphysikus". Der Nationalökonom Bennecke zu Berlin rät zur „Ausscheidung aller fremden Elemente aus dem Deutschen Reich" und greift damit der Weltgeschichte, die seinen Gesinnungsgenossen Hitler erst später geboren werden ließ, ein wenig vor. Herr Lehrer Scharbisch aus Leibsch bringt es fertig, den Reichstag einfach anzupumpen, indem er — ohne sein Gesuch überhaupt näher zu begründen — um Gewährung eines Darlehens bittet. Ein Mann aus Frankenstein stellt die ganz moderne Forderung, den Zeugeneid aufzuheben; ein anderer Bürger aus Krefeld sendet einen Schrieb, der die seltsame Kennzeichnung erhält: „Betrifft die Lehre von der Unfehlbarkeit des Papstes" — eine Angelegenheit, die vom Arbeitspensum des Reichstages immerhin recht entfernt gelegen haben dürfte. Ein ausführliches und zu Herzen gehendes Gesuch schickt der Salzsteuerkontrolleur Stammberger aus Traunstein: er bittet um Schadloshaltung für die „Unbill" (?), die er im Jahre 1832 — also fast 40 Jahre zuvor — „wegen seiner Teilnahme am Hambacher Volksfest" erleiden mußte. Und endlich beschwert sich der Schuhmachermeister Haschke zu Züllichau bitter darüber, daß sein neunjähriger Sohn nicht aus der Volksschule in die Bürgerschule versetzt wurde . . .

Heute lächeln wir über vieles, was sich im Rahmen des ersten deutschen Reichstages abgespielt hat. Werden auch unsere Enkel über manches aus dem Reichstag lächeln, den unsere Zeit der Geschichte überliefert?



Nachdruck verboten. (41. Fortsetzung.)

Was war mit der Maria? Die Tochter kam der Mutter schon lange verändert vor, jetzt aber war es ihr plötzlich ganz klar: die hatte was auf der Seele. Eine Schuld? Nein, die Maria tat nichts Unrechtes, davon war sie fest überzeugt, aber unglücklich war die. Sehr unglücklich. Und die Bremm begann zu forschen. Es konnte nur etwas mit dem Kaspar sein — warum kam der denn auch nicht? Er mied das Haus sichtlich. Waren die zwei sich böse? Hatten sie sich so erzürnt, daß die Maria nun dachte, es wäre aus und vorbei mit ihm, und sich darum grämte, immer seltsam unfroh, schier menschenscheu war? Ach, daß bei Liebesleuten nie eines dem anderen das erste Wort gönnen will! Frau Bremm beschloß, sich der Sache anzunehmen. Sie setzte der Tochter hart zu, sie wollte durchaus für die Verstimmung des Mädchens den Grund finden. Sie fragte, sie quälte, sie schalt, sie bat flehentlich, aber immer die gleiche stumme, sie jetzt auf einmal beängstigende Abwehr. Mit Schrecken überfiel es die Frau plötzlich: Jesus Maria, war vielleicht zwischen den beiden etwas geschehen? Etwas, was nicht sein soll? Ja, ach ja! Und das nahm sich die Maria nun so zu Herzen und schämte sich, es zu bekennen. Ein großes Mitleid mit der Tochter kam die Mutter an, sie vergaß, daß sie allen Grund hatte, böse zu sein. „Sag doch nur", bat sie, „ich sagen dem Vater ja nix davon. Und wenn et denn so sein sollt, darüber kannste wenigstens ruhig sein: der Dreis is'n rechtlicher Mensch, heiraten tut er dich."

„Der —?!" Die Tochter schrie auf; es klang wie in wilder Abwehr: „Nie heirat der mich! Nie heirat ich den, et kann ja nit sein!" Die Hände vors Gesicht haltend, lief sie hinaus.

— — — — — — — — — — — — — — — — — —

Es war ein schwerer Gang, den die Mutter sich vorgenommen hatte zu gehen. Aber da der Kaspar Dreis nicht zu ihnen mehr kam, mußte sie zu ihm gehen. Heimlich machte sich Anna Bremm auf. Ihrem Mann, der erstaunt fragte: „Bei dem Regen?" hatte sie gesagt, sie ginge drüben den Stationsweg am Klosterberg hinauf zu ihren Gräbern; es ließe ihr keine Ruhe. Und damit hatte sie auch keine Lüge gesagt: es ließ ihr wirklich keine Ruhe. Die Maria war, seitdem sie mit der gesprochen hatte, völlig verstört. Das Paulinchen, das mit der Schwester oben die Kammer teilte, beklagte sich: es konnte keine Nacht mehr ungestört schlafen, die Maria warf sich immer herum und seufzte. Auch Peter und Paul fiel es auf, sie lachten noch jungenhaft, aber doch schon männlich bewußt: „Hafte Liebeskummer, Maria?" „Laßt se in Ruh", wurden sie von der Mutter zurechtgewiesen. „Et is ihr nit gut." Und sie strich dabei der Tochter über das Haar.

Sie war froh, daß die Tochter nichts davon gewahr wurde, daß sie ging, und wohin sie ging. Maria hätte sie nie und nimmer gelassen. Aber klar mußte man sehen. Entschlossen hatte sich die Bremm ans andere Ufer übersetzen lassen; die Mosel ging hoch, von Regen und Wind gepeitscht schlugen Wellen über den Bootsrand, aber sie zog in ihrer drängenden Unruhe diese Ueberfahrt mit dem Nachen der großen Fähre vor, zu der sie noch eine halbe Stunde Wegs hatte. In ihr war Eile, und sie fürchtete ja ihre Mosel nicht; die tat nur so, als ob sie wild wäre.

Aber als jetzt die Bremm vor dem Hause stand, in dem die Brüder Dreis wohnten, da fürchtete sie sich. Es war ihr doch schrecklich, von dem anzufangen, was ihr nach und nach, nachdem sie es zehnmal für bestimmt angenommen und zehnmal wieder verworfen hatte, doch zur Gewißheit geworden schien. Wie sollte sie es nur sagen, wie von dem Malheur schicklich anfangen, wie fordern, wie vorschlagen, damit der Dreis sich nun rasch zur Heirat entschloß?! Sie nahm wie immer ihre Zuflucht zum Gebet. Wenn sie auch jetzt nicht ihre Hände falten konnte, innerlich betete sie: „Jungfrau, wir grüßen dich — O Maria, hilf!" Und dann ging sie stracks ins Haus hinein.

Es war ein Haus, dem man es ansah, daß die Gebrüder Dreis keine armen Leute waren. Die zwei Aelteren hatten ja auch ganz gut geheiratet. Es war alles wohnlich und sauber gehalten. Die Bremm sah sich um mit Befriedigung: ihre Maria kam in keine powre Wirtschaft. Der Kaspar trat jetzt gerade in den Flur, als ob er sie geahnt hätte; die Frau nahm's wie eine Fügung. Wie freundlich er sie begrüßte, obgleich er ein wenig erstaunt war — „betroffen", meinte die Bremm.

Der junge Mann führte sie in seine Stube. Da stand ein Schreibtisch, über dem hingen die Bilder seiner Eltern — große Photographien in vergoldeten Rahmen — von den Stühlen war kein einziger durchgesessen, auf dem runden Tisch lag eine weiße Häkeldecke und mitten darauf stand eine Vase mit abgeschnittenen Zweigen, die zu Weihnachten würden Blüten entfaltet haben.

Es gefiel der Bremm so gut in dem freundlichen Zimmer. Und der junge Mann selber sah so nett und so sauber aus in seiner Joppe, sein gebräuntes Gesicht sah sie so ehrlich an, ihr lief das Herz über. Mit ihren beiden Händen seine Hand fassend und sich so tief darüber beugend, daß er das Sichjagen von Rot und Blaß auf ihrem Gesicht nicht sehen konnte, sagte sie rasch: „Kaspar, kurz und ehrlich gesprochen: wie denkt Ihr et nu zu halten mit der Maria? Ich glauben fast — ich weiß et nit genau, sie sagt et ja nit — aber ich fürchten, dat — dat —." Nun konnte sie es doch nicht so grad heraus sagen, behaupten ja auch nicht, so sagte sie nur recht kleinlaut: „Sie is verzagt und unglücklich. Aber ich hab ihr gesagt, sie braucht sich nit so zu grämen, Ihr seid doch 'n rechtlicher Mensch. Gelt, Kaspar?" Sie hob ihren Blick jetzt zu ihm, aber was sie zu sehen erwartet hatte, sah sie nicht: keine Zustimmung, kein sie verstehendes Nicken.

Verständnislos, in einer gewissen erschrockenen Ratlosigkeit starrte er sie an: „Ich verstehen Euch nit — wat meint Ihr? Wat is mit der Maria? Verzagt, unglücklich? Herrgott ja, dat weiß ich als lang — aber wat kann ich dabei machen?!"

„Wißt Ihr — Ihr — dann auch den Grund nit?" Nun war es an der Bremm, erstaunt und ratlos zu sein.

Dreis seufzte: „Nein. Et war vor der Lese, da bin ich ihr einmal begegnet; am liebsten wär sie davongelaufen. Ich hab sie gestellt, ich hab sie vielmals gefragt: „Warum biste traurig, wer hat dir wat getan, sag, sag doch, wer hat dir Leides getan, Maria?" Denn Leides hat ihr einer getan, dat könnt Ihr glauben — ich fühlen et. Ach, Frau Bremm, sie will ja nix wissen von mir — da leit, leit et selber!" Er ging an seinen Schreibtisch, schloß ein Schubfach auf, nahm einen Brief heraus und legte den vor die Frau hin: „Den hat sie mir geschrieben, am letzten Mai."

Die Mutter las. Erst ohne rechtes Verstehen, dann mit wachsendem Befremden, dann mit Erschrecken; las einmal, zweimal:

„Komm bitte nicht mehr hierher, da du doch gar nicht mein Schatz bist und auch niemals nicht sein wirst."

Unruhig geworden, ganz verängstigt sah die Frau den jungen Mann an: was sollte das heißen?

Kaspar lächelte traurig: „Dat sie en andren hat."

„Nein, o nein, dat glauben ich nit", wehrte die Bremm.

„Man muß dat doch denken, wenn sie so schreibt. Und wenn sie mir auch gesagt hat: „Nein". Herrgott, Herrgott, ich sein schon ganz irr!" Kaspar Dreis fuhr sich wild durch die Haare. „Erst denkt man, sie hat einen, dann: sie hat keinen, oder sie trauert einem noch nach. Und dann denkt man —" er hielt plötzlich inne und sah verlegen an der Frau vorbei in eine Ecke, seine Stimme wurde leiser — „denkt noch wat andres."

„Wat dann, wat dann?!"

(Fortsetzung folgt.)

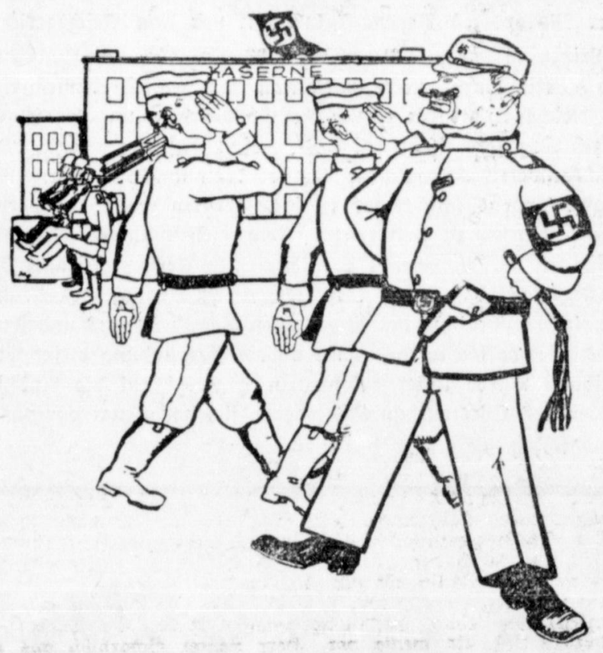
Die Einheit formiert!

WÄHLT: SOZIALDEMOKRATEN!

Ein Wort an die Frauen

Von Philipp Scheidemann

Je näher wir dem Wahltag kommen, um so schweigsamer werden die Gegner des Frauenwahlrechts. Sonst wetterten sie jahraus jahrein gegen die Politisierung der Frau. Die Frau gehöre ins Haus, aber nicht in die Versammlung, nicht an die Wahltische. In wenigen Tagen aber werden Millionen von Wählerinnen an die Wahltische gehen und mit entscheiden, was aus der deutschen Republik werden soll — deshalb die auffällige Schweigsamkeit über das Wahlrecht der Frauen, ja mehr noch: deshalb jetzt sogar die Umschmeichelung der früher politisch vollkommen rechtlos gewesenen Frau.



Mütter schützt eure Söhne vor den verbrecherischen Plänen der Nazis. — Die völkischen Hetzer wollen den Revanchekrieg und als Vorbereitung dazu die allgemeine Wehrpflicht, den schändlichen Kasernendrill. — Frauen, Mütter, Schwestern gebt den Nationalisten die richtige Antwort. Nieder mit den Kriegshetzern! Nie wieder Krieg! — Und deshalb am 14. September jede Stimme der SPD., Liste 1.

Abgesehen von der grundsätzlichen Stellung der Sozialdemokratie zum gleichen Wahlrecht für Männer und Frauen — was machte es den Volksbeauftragten zur selbstverständlichen Pflicht, in ihrer ersten Anordnung im November 1918 den Frauen das gleiche Recht zu geben wie den Männern? Das ist am eindringlichsten zu schildern, wenn man an die Kriegsjahre erinnert. Wer hatte denn von den Daheimgebliebenen am meisten zu leiden, der Mann oder die Frau? Die Frauen schlechtweg; die Frauen der in den Schützengräben hausenden Männer selbstverständlich am meisten. Mit den ihnen kärglich zugemessenen Groschen sollten sie die Familie über Wasser halten, die Kinder mit Schuhen, Wäsche und sonstiger Kleidung versorgen, sie sollten die sich selbst überlassenen Kinder zu ordentlichen Menschen erziehen. Stundenlang standen die Frauen Tag für Tag, mit den Papiermarken in den Händen, vor den Läden, um ein Stückchen minderwertiges Brot, ein fragwürdiges Wurstzipfelchen oder ein Stück Zucker zu erhaschen. Sie wurden Briefträger und Kutscher, Straßenbahnschaffner und Granatendreher; die schwersten und ungesundesten Arbeiten mußten von Frauen verrichtet werden.

Und abends? Wenn die Kinder zu Bett gebracht waren, dann krochen auch die abgerackerten Frauen in den frostigen Kammern unter die Bettdecken. Und dann erst kam das heulende Elend erst recht über sie. Verzweifelt wühlten sie das Gesicht in das Kissen, weinten und stöhnten. Seit sechs Wochen keine Nachricht — keinen Brief, keine Karte —, ob er überhaupt noch lebt? Vielleicht liegt er mit zerschossenen Gliedern hoffnungslos im Lazarett, vielleicht liegt er schon längst im Massengrab — —

„Ach dieser gräßliche Krieg! Wenn wir Frauen mitzubestimmen gehabt hätten, dann hätte es niemals Krieg gegeben."

Seht ihr, deutsche Wählerinnen, das war's, was die Volksbeauftragten in erster Linie mitbestimmte, euch das Wahlrecht sofort zu geben. Jetzt könnt ihr mitbestimmen, ob Frieden oder Krieg sein soll, damit ihr später nicht wieder einmal sagen könnt, ja, „wenn" wir! Jetzt gibt's kein „Wenn" mehr, jetzt habt ihr das Wahlrecht.

Am 14. September wird der Satz unserer Verfassung praktisch: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus." Am kommenden Sonntag geht die Staatsgewalt in Gestalt der Wahl tatsächlich vom Volke aus. Die Wahl schafft einen neuen Reichstag, der nicht nur eine neue Regierung, sondern auch die zukünftige Politik zu bestimmen hat. Wer den Krieg oder auch nur die Hetze zum Krieg will — „Abschüttelung des Jochs" nennen das die Vertreter einer gewissenlosen Außenpolitik —, darf keinen Sozialdemokraten wählen, muß vielmehr für Kommunisten oder Nationalsozialisten stimmen, die mit der roten Armee Rußlands und der italienischen Armee „siegreich Frankreich schlagen" wollen. Wer den Krieg will, wähle national oder nationalsozialistisch. Wer den Frieden will, wer die Versöhnung und Verständigung der Völker und den gesicherten Weltfrieden will — (das ist die Voraussetzung für eine wirksame Bekämpfung der Erwerbslosigkeit!) — der muß sozialdemokratisch wählen.

Merkt's euch also, ihr Frauen, es gibt später keine Entschuldigung mehr, es gibt kein „Wenn" mehr, ihr könnt wählen, ihr müßt deshalb auch wählen, wenn ihr euch nicht versündigen wollt an euren eigenen Kinder. Wählt Liste 1.

Die Schutztruppe der Reaktion

Gegen wen kämpfen wir?

Jeder Arbeiter wird auf diese Frage antworten: selbstverständlich gegen die besitzenden Klassen, gegen das arbeiterfeindliche Unternehmertum, gegen die Hakenkreuzpest. Nicht so die Leitung der Kommunistischen Partei. In der Septembernummer ihrer Zeitschrift „Der Parteiarbeiter" wird für die Funktionäre der Kommunistischen Partei folgende Wahlparole ausgegeben:

> „Rücksichtsloser Kampf gegen die Sozialdemokratie, erbitterter Kampf um die Arbeitermassen, restlose Zerstörung aller demokratischen Illusionen, Diskreditierung der Demokratie mit Hilfe der ständigen Gegenüberstellung der Handlungen und Aussprüche führender Sozialdemokraten in den letzten Jahren. Viel stärkere Betonung ihrer Rolle während der Zeit der Koalitionsregierung, viel bessere Unterstreichung der Handlungen während der Brüning-Regierung. Das Vertrauen breiter Arbeitermassen zur Demokratie und SPD. muß rücksichtslos untergraben werden."

In einem Nachsatz heißt es lediglich, man solle das Zentrum und die anderen Parteien im Wahlkampf nicht „übersehen". Mit dieser Parole hat die Kommunistische Parteileitung aufs neue bestätigt, was die „Deutsche Allgemeine Zeitung", das Berliner Organ des Großkapitals, wiederholt ausgeführt hat: Die Kommunistische Partei ist nichts anderes, als eine Schutztruppe der Reaktion. Sie erfüllt auch in diesem Wahlkampf die ihr vom Großkapital gestellte Aufgabe glänzend, nämlich der Sozialdemokratischen Partei und damit der gesamten Arbeiterklasse in den Rücken zu fallen.

Frauen zur Wahl!

Ihr Arbeitsschwestern im grauen Gewand,
Die man ins Joch der Armut gespannt,
Jetzt kommt der Tag, da wir uns wehren,
14. September heißt „aufbegehren!"

Ihr müden Frauen, bestaubt und berußt,
Seid ihr euch eurer Macht auch bewußt?
Wißt ihr, daß eure Stimme genau soviel zählt
Als die der vornehmsten Dame der Welt.

Heraus aus den dumpfen Mietskasernen,
Die ganze Welt soll von proletarischen Frauen lernen,
Heraus aus den stickigen Arbeitssälen
Es gilt unser eigenes Schicksal zu wählen.

Drum Frauen und Mädchen, stellt euch bereit,
Zeigt eure Macht und Einigkeit!
Wählt Liste 1 in geschlossener Reih.

Nun erst recht sozialdemokratisch!

Deutschnationaler Betrugsverluch an den Beamten

Von deutschnationaler Seite wird eine Broschüre des Reichsbürgerrats, Berlin W. 35, verbreitet, die sich „Berufsbeamtentum, Parteidiener und Klassenjustiz" betitelt. Diese Sudelschrift gegen die Sozialdemokratie enthält Wahllügen, wie sie gemeiner kaum sein können. So wird in ihr u. a. behauptet, daß der frühere preußische Innenminister Grzesinski dem Vorsitzenden des Verbandes preußischer Polizeibeamter im Jahre 1928 wörtlich erklärt haben soll:

> „Ich kann Ihnen versichern, daß wir nach den nächsten Reichstagswahlen soweit sein werden, um unser Parteiprogramm von 1913 in bezug auf Abschaffung des Berufsbeamtentums durchführen zu können."

Dieser angebliche Ausspruch, der bereits im Jahre 1929 Gegenstand einer Anfrage im Preußischen Landtag war, ist erstunken und erlogen! Es gibt überhaupt kein Parteiprogramm der SPD. vom Jahre 1913. Außerdem gibt es kein sozialdemokratisches Programm, in dem die Abschaffung des Berufsbeamtentums verlangt wird, und schließlich hat Grzesinski weder im Jahre 1928 noch zu einer anderen Zeit dem ihm unterschobenen Ausspruch getan oder je die Beseitigung des Berufsbeamtentums gefordert.

Eine andere Bemerkung der Broschüre lautet:

> „Den beamtenpolitisch wichtigsten Posten in Preußen, das Personalreferat im Innenministerium, hat ein Sozialdemokrat inne. Ihm steht ein Parteigenosse zur Seite, der bis zu seiner Berufung Konfektionär am Hausvogteiplatz in Berlin war, und über fünfzig fachlich vorgebildete Beamte hinweg zum Ministerialrat ernannt wurde. Fachliche Vorbildung oder persönliche Eignung spielen keine Rolle . . ."

Auch diese Behauptung ist aus den Fingern gesogen! Die führenden Posten im Personalreferat des preußischen Innenministeriums haben inne: Ministerialdirektor Dr. Brand (Zentrum), Ministerialrat Dr. Hoffmann (Demokrat) und Oberregierungsrat Dr. Hoch (Sozialdemokrat). Alle drei sind Berufsbeamte!



Piccards Höhenflug

Von unserem Sonderberichterstatter J. G., Augsburg

Mit der bevorstehenden Verwirklichung des ebenso abenteuerlichen wie phantastisch anmutenden Experiments des Professors Piccard mehren sich auch die Stimmen der wissenschaftlich eingeweihten Fachkreise und erfahrener Freiballonflieger über den Ausgang und das Gelingen des geheimnisvollen Ballonfluges in 16 000 Meter Höhe. Die Meinungen hierüber sind sehr geteilt.

Während man bei der Werksleitung der weltberühmten Augsburger Ballonfabrik auf Grund der getroffenen menschenmöglichen Vorbereitungen in technisch-physikalischer Hinsicht mit der Erreichung der Rekordhöhe und der Möglichkeit zuverlässiger Messungen ohne Gefährdung des Gesundheitszustandes durch die dort oben herrschenden atmosphärischen Einflüsse rechnet, steht man dem Unternehmen in den Kreisen erfahrener Freiballonflieger etwas skeptisch gegenüber und erblickt sowohl im Aufenthalt in dieser Höhe als auch im Abstieg große Gefahren.

Die größte Gefahr sieht man im Platzen des Ballons oder gar der Aluminiumgondel infolge des allzustarken Druckes oder aus anderen jetzt noch nicht zu übersehenden Gründen. Eine nicht zu unterschätzende Gefahr ist beim Abstieg im Hochgebirge zu erblicken, wenn die massiv gebaute Aluminiumkugel bei schnellem Absacken des Ballons auf eine Felswand geschleudert würde, was nicht nur die beiden Forscher, sondern auch die eingebauten Meßinstrumente gefährdet. Aber auch dafür glaubt Prof. Piccard vorgesorgt zu haben. Alle Messungsergebnisse können von innen genau abgelesen werden und alle Instrumente sind mit Photoapparaten versehen, die alles festhalten. Es ist kaum anzunehmen, daß gerade die Filme, die in festen Metallhülsen stecken, dabei vernichtet werden.

In einer längeren Unterhaltung sprach

Professor Piccard über das Kernproblem des Höhenfluges

Es handelt sich um die „atomare Umwandlung der Atome." „Wir haben auf der Erde", so erklärt Prof. Piccard, „nur ein einziges Beispiel dieser Umwandlung, nämlich in der Zerstörung von Aluminium, bei der ein zerstörtes Gramm ebensoviel Energie liefert wie die Verbrennung von 500 Kilogramm Kohle. Zu dieser Zerstörung sind aber derartige Mengen radioaktiver Kräfte notwendig, daß diese Zertrümmerung sich wirtschaftlich als viel zu unrentabel erweist. Bei der atomaren Umwandlung entstehen die sogenannten kosmischen Strahlen, wie sie in gleicher Form im Weltall beobachtet werden. Der eigentliche Prozeß dieser Umwandlung, wie sie auf den Sternen vor sich geht, ist für uns noch vollständig unbekannt.

Der Gedanke klingt phantastisch, aber er kann sehr bald praktisch werden, wenn nämlich die Kohle als Kraftquelle erschöpft ist, wird die atomare Umwandlung der Kraftquelle der Zukunft sein. Die Tatsache der Weltentstehung wird durch das Problem der atomaren Umwandlung insofern berührt, als sie — soweit bisher beobachtet — keine vollständige Zerstörung, sondern nur eine Umwandlung zur Folge hat. Theoretisch kann man sich allerdings vorstellen, daß eine vollständige Vernichtung von Atomen stattfindet; hier liegt aber auch ein Prozeß vor, der in seiner Richtung eindeutig verläuft, d. h. die Zerstörung der Atome ist endgültig und kann daher in seiner rückläufigen Begegnung nicht zu Neubildung von Atomen führen. Auch hier ist also ein einheitlicher Schöpfungsprozeß nicht ausgeschlossen. Ich bin fest überzeugt davon, daß die weitere gründliche Erforschung dieser atomaren Umwandlung zu einer wertvollen Klärung des Kreislaufes in der Welt führen wird und vielleicht schon sehr bald.

Zum Aufstieg selbst rechne ich mit 1½ Stunden; in 14 000 Meter Höhe wird sich die erste Gleichgewichtslage ergeben. Von da aus will ich unbedingt auf 16 000 Meter hinauf. Darüber hinauszugehen habe ich weder die Absicht, noch glaube ich kaum, daß es der Ballon zuläßt." Die Frage

„Wie stellen Sie sich zur Einwirkung der Luftveränderung auf die Herztätigkeit?"

beantwortet Professor Piccard gleichfalls sehr optimistisch. „Ich befinde mich in einer luftdicht abgeschlossenen Kabine, für die die Verminderung des Luftdrucks und damit eine Belastung der Atmungsorgane von vornherein ausscheidet. Die einzige Veränderung, die für uns fühlbar werden kann, wäre eventuell die Verminderung der Anziehungskraft der Erde, die in der Höhe von 16 000 Metern nach meiner Berechnung nur 0,5 auf 1000 beträgt. Eine Veränderung, die wohl durch eine Federwaage festgestellt werden kann, aber auf die Tätigkeit des Herzmuskels und damit der Atmungsorgane kaum eine Wirkung auszuüben vermag."

Piccards Start verschoben

Berlin, 12. Sept. (Eig. Meldung.) Wie wir erfahren, hat Professor Piccard mit Rücksicht auf die ungünstige Wetterlage den für morgen angesetzten Aufstieg zu seinem Höhenflug erneut verschieben müssen. Ein Termin für den Start ist noch nicht wieder festgesetzt worden.

Vulkanausbruch in Japan und Italien

Der Asama speit

Tokio, 12. Sept. (Drahtmeldung.) Heute vormittag um 9,30 Uhr erfolgte ein Ausruch des Vulkans Asama. Die Bewohner der Umgebung sind von einer Panik ergriffen und flüchten Hals über Kopf. Bisher ist nur ein einziger Todesfall gemeldet. Der Vulkan Asama ist ein Berg von 2480 Metern Höhe und liegt etwa 10 Kilometer nordöstlich der Stadt Ujeda.

Ausbruch des Stromboli

Messina, 12. Sept. (Drahtmeldung.) Durch den gestrigen Ausbruch des Vulkans Stromboli wurden fünf Personen getötet und 15 verletzt. Der Ausbruch war durch eine besondere Erscheinung charakterisiert, nämlich durch den Erguß glühenden Sandes, der auf seinem glücklicherweise kurzen Wege großen Schaden anrichtete. Er fiel in einer Breite von 50 Metern nieder. Das sofort organisierte Retungswerk hatte vollen Erfolg.

68jähriger Dieb und seine 70jährige Helferin

Berlin, 12. Sept. (Eig. Meldung.) Seit einigen Jahren fiel es einer großen Berliner Firma auf, daß von Zeit zu Zeit größere Mengen Stoff verschwanden. Der 68 Jahre alte, schon seit 12 Jahren im Hause tätige Nachtwächter Lehmann wurde beauftragt, nach den Dieben zu fahnden. Schließlich stellte es sich heraus, daß der Nachtwächter selber die Waren heimlich aus dem Hause brachte. Vier seiner Freundinnen, darunter eine 70jährige Frau, saßen neben Lehmann auf der Anklagebank und hatten sich wegen fortgesetzter Hehlerei zu verantworten. Eine von ihnen wurde mit vier Monaten Gefängnis bestraft, da sie mit den von Lehmann gestohlenen Sachen einen regelrechten Handel getrieben hatte. Die übrigen, die nur kleinere Mengen zum Geschenk erhalten hatten, wurden mit Geldstrafen von 150, 300 und 900 Mark belegt. Lehmann wurde wegen fortgesetzten Diebstahls zu acht Monaten Gefängnis verurteilt.

Revision verworfen

Der Mordprozeß Nogens-Jakubowski vor dem Reichsgericht.

Leipzig, 12. Sept. Unter reger Anteilnahme von Publikum und Presse wurde heute vormittag vor dem Ferienstrafsenat des Reichsgerichts die zweite Revisionsverhandlung im Mordprozeß Nogens eröffnet, der s. Zt. großes Aufsehen erregte. Der Reichsanwalt beantragte, die Revision des zum Tode verurteilten August Nogens und seiner zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilten Mutter zu verwerfen. Nach mehrstündiger Beratung verkündete der Vorsitzende das Urteil des Ferienstrafsenats des Reichsgerichts dahin, daß entsprechend dem Antrage des Reichsanwalts die Revision der Angeklagten August Nogens und Frau Kähler verworfen werde. Eine nähere Begründung dieser Entscheidung wurde unter besonderem Hinweis auf die Ausführungen des Oberreichsanwalts, denen sich der Senat vollinhaltlich anschloß, nicht gegeben.

WÄHLT SPD.

Die Partei des sozialistischen Aufbaus, Liste 1

GESETZ das tötet

Roman von Frank Arnau

91) (Schluß.)

Eine halbe Stunde vergeht. — — Im Saal beginnt es zu dämmern — das Licht wird eingeschaltet.

Endlich öffnet sich die Tür.

Der Gerichtshof tritt ein; stehend, geladen mit feierlicher Würde, wird das Urteil verkündet.

Es ist ein Schuldspruch.

Der Angeklagte wird des gewerbsmäßigen Verbrechens gegen § 218 in acht Fällen und des Verbrechens der fahrlässigen Tötung nach § 222 des Reichsstrafgesetzbuches schuldig befunden.

Das Weitere vollzieht sich in geschäftsmäßiger Eile.

Der Vorsitzende verliest das Urteil:

„Im Namen des Volkes . . . Der Angeklagte Hugo Berolsheimer, praktischer Arzt, ist schuldig in acht Fällen des Verbrechens wider das keimende Leben nach § 218 des Reichsstrafgesetzbuches, sowie eines Verbrechens der fahrlässigen Tötung nach § 222 des Reichsstrafgesetzbuches. Er wird wegen gewerbsmäßiger Abtreibung in acht Fällen zu einer Zuchthausstrafe von zwei Jahren, wegen des Verbrechens gegen § 222 zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Zuchthaus- und Gefängnisstrafe werden zusammengezogen zu insgesamt zwei Jahren drei Monaten Zuchthaus. Dem Angeklagten werden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren aberkannt."

Dr. Berolsheimer hat das Urteil stehend angehört; nun richtet der Vorsitzende die Frage an ihn:

„Angeklagter, Sie haben das Urteil gehört, wollen Sie es anerkennen oder behalten Sie sich Bedenkzeit vor?"

„Ich nehme es an."

Vorsitzender:

„Damit ist die Verhandlung geschlossen."

Der Gerichtssaal leert sich rasch; Dr. Berolsheimer wird weggeführt. Er und Dr. Leo Jakobsohn wechseln schweigend noch einen Händedruck. Dann verschwindet der Verurteilte mit seiner Begleitung im Dämmer des langen Korridors.

Aus! — — —

Dr. Leo Jakobsohn fährt nach Hause. Es ist trostlos, denkt er, daß dem Götzen des Aberwitzes noch heute sinnlos die Menschenopfer gebracht werden! Wir sind in allen Dingen des äußeren Lebens so herrlich weit gekommen, aber wir schleppen wie die Bagnosträflinge das furchtbare Gewicht einer Eisenkugel am Fuße nach, die man der Menschheit vor Jahrhunderten angeschmiedet hat und von der sie sich nicht zu befreien vermag, weil sie nicht den Mut besitzt, die Vergangenheit der Zukunft zu opfern. Juscha Lehner liegt draußen als Opfer dieser Vergangenheit — Hugo Berolsheimer geht ins Zuchthaus als Opfer dieser Vergangenheit. Und die anderen Gestalten — die Else Merten — der Lutz Fink — ja, sogar die Hebamme Mühlmann — sind sie denn nicht alle arme Teufel —?! Und da wagt man zu behaupten, daß eine Zeitwende eingetreten ist? Trostlos! Trostlos!

Der Herr Staatsanwalt Hagemeister fand das gar nicht. Er war sehr erfreut über den Sieg, den er errungen hatte: einen Sieg des Rechts und der Gerechtigkeit gegen jene subversiten Elemente, die es wagen, an den Fundamenten der staatlichen Ordnung zu rütteln.

— — — — — — — — — — — — — — —

Der „humane Strafvollzug" verrichtet gründliche Arbeit.

— — — — — — — — — — — — — — —

Else Merten hat ihre Strafe angetreten. Sie ist von einem Menschen zu einer Nummer herabgesetzt worden. Es ist sehr arg, was mit ihr geschieht, aber die willigere Kreatur läßt alles leichter mit sich geschehen. Nur daß sich an ihrer Jugend der Haß widerlich verlogener Aufsichtsweiber, von sadistischen Brutalitäten gesagt, bricht, macht auch diese Willigkeit zur Hinnahme des als unabänderlich empfundenen Geschickes fast unerträglich schwer.

Sie sitzt nachts auf dem harten Bett und starrt hinauf nach dem gitterüberzogenen Loch, das der „humane Strafvollzug" ein Fenster nennt.

Sie wartet und denkt.

Sie weiß noch nicht, daß es nichts zu denken gibt. — — —

— — — — — — — — — — — — — — —

Wundervoll blauer Himmel wölbt sich frühlingshaft über eine unermeßliche Ebene. Am fernen Horizont schneiden die Pyramiden in das tiefe Blau: Bauwerke, durch die Macht Einzelner vor Jahrtausenden aus der Kraft von Millionen aufgerichtet.

Eine kleine Karawane reitet langsam südwärts, den Pyramiden zu.

Mittelpunkt ist Frau Lu Dominique; ihr Hofstaat sind Kavaliere, die England, Frankreich, Italien nach Aegypten delegiert hat, zu keinem anderen Zweck, wie es scheint, als um einer schönen Frau Ritterdienste zu leisten.

Frohes Lachen schwirrt aus der Kavalkade auf; ein Mann drängt sein Pferd näher an den Araber der schönen Frau. Aus heißen Augen sprüht eine Frage. Und heiße Augen gewähren Befahen.

Schön ist das Leben; herrlich ist das Leben.

— — — — — — — — — — — — — — —

Dr. Hugo Berolsheimer hatte die Strafe angenommen und blieb bei seinem Entschluß. Der Freund versuchte ihn zur Einreichung einer Revision umzustimmen, — es war vergeblich.

Dr. Hugo Berolsheimer wurde dem Zuchthaus eingeliefert.

Die riesenhafte Zerstörungsmaschine, die eitler Humanitätsschwindel den „Strafvollzug mit dem Ziel der Besserung" nennt, begann ihre Arbeit. Diese Arbeit, deren Ziel ja angeblich nicht die Zerstörung, sondern im Gegenteil die Besserung der Gestrauchelten, — oder jener, die durch die Gesetzmaschine dazu gestempelt worden sind, — ist. Das Werk sah so aus: Dr. Hugo Berolsheimer, der gesamten Heilkunde magna cum laude promovierter Doktor, wurde auf ein und dieselbe Stufe, in ein und dieselbe Kleidung und in ein und dieselbe Behandlung geführt, die Gewohnheitsverbrechern von einer weisen Strafvollzugsbehörde vorgeschrieben ist. Er kam zunächst in Einzelhaft. Da stand über seinem Bett sein Name, die Aufzählung seiner Verbrechen und die Strafe. Der „humane Strafvollzug" erblickt einen besonders erzieherischen Wert darin, den Verunglückten des Lebens stur und unablässig ihr Verbrechen und die Dauer ihrer Strafe vor Augen zu führen. Die lächerlichen Fälle, daß darüber Menschen vorübergehend und auch manche für dauernd verwirrt und irre geworden sind, rührt diese Strafrechtspflege so wenig, wie die Selbstmorde der zu Tode Gepeinigten.

Der Arzt Dr. Berolsheimer, der jetzt übrigens gar nicht mehr der gesamten Heilkunde Doktor ist, und der einst nach Verbüßung seiner Strafe höchstens als Kurpfuscher weiter wirken darf, hat Isolierknöpfe zusammenzuschrauben.

Dabei ist schon diese Gewährung der Arbeit ein ganz großes Entgegenkommen der Zuchthausdirektion. Ein Anspruch auf Arbeit besteht für die erste Zeit nicht.

Grauenvoll rinnt ein Tag um den anderen dahin.

Um sechs Uhr wird aufgestanden. Irgendwann eine halbe Stunde Spaziergang im Gefängnishof. Irgendwann Vesper. Die grauenvollen Sonntage, da nicht einmal die Arbeit die Zeit verscheucht, gleiten vorbei. Tausend- und immer tausendmal wieder kreisen dieselben Gedanken um das Opfer:

Weshalb mußte alles so kommen — weshalb gab es nicht einen Augenblick der Vorsicht vor dem Ertapptwerden — weshalb hatte er nicht damals in der Ordinationsstunde die Frage nach der Gefährlichkeit des Eingriffs, als daran geknüpft der Fall der Juscha Lehner erwähnt wurde, ohne Eingehen auf diese Einzelheit beantwortet — — —

Weshalb, weshalb! Das alles frommte nichts mehr.

Die Tage glitten dahin und die entsetzlichen Nächte, und langsam, mit dem Nachlassen der seelischen Klammern zur Hoffnung wurde das Vegetative stärker und stärker in ihm. Was er sonst in seinem beruflichen Leben nur in seelischen Gemeinsamkeiten auch zu körperlicher Erfüllung brachte, wurde nun rein physisch stark und stärker:

Die Geschlechtlichkeit peinigte. Traumbeschwerte Nächte zerstörten Ruhe, Erinnerung und Erhoffen. —

Die Sinne wurden unerträglich, einseitig, wach und heiß und unwiderstehlich geweckt — und andere Sinne starben ab.

Das Empfinden für den zeitlichen Ablauf wurde mehr und mehr verschwommen, die Umgebung drang tiefer und tiefer ein, die ewigen Fragen klangen ab, und an ihre Stelle trat, entsetzlicher als alles zuvor, die fürchterliche Leere und Hoffnungslosigkeit. Der letzte Gedanke war der an das Ende. — — —

— Ende. —

Du mußt zahlen!

Die Brüningschen Notverordnungen fordern:

Von jedem Steuerzahler	wenigstens 6 Mark Kopfsteuer, Bier- und Verzehrsteuer
Von den Ledigen	die unsinnige Ledigensteuer
Von den Kranken	50 Pfennig für Krankenschein, 50 Pfennig für jedes Rezept
Von den Invaliden	20 Millionen Abstriche von ihrer Versicherung
Von den Beamten	2,5 Prozent Reichshilfe

Die Brüningschen Notverordnungen verweigern:

Den Kriegsopfern und Kriegsverletzten	weitere Rentenansprüche
Den Arbeitslosen	die bisherige Unterstützung: Unterstützung wird abhängig von der Dauer der Anwartschaft. Sperrfrist und Wartezeit werden verlängert!

Wehrt euch gegen diese neuen Lasten

Wählt am Sonntag Liste 1

Abbau der Arbeitslosenversicherung

Ein neuer Anschlag der Regierung Brüning gegen die Arbeitslosen

Vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund werden uns folgende Aufsehen erregende Ausführungen übermittelt:

Die Regierung Brüning pflegt sich als die Regierung der starken Taten hinzustellen und feiern zu lassen. Programmatisch hat sie sich auch zu unpopulären Maßnahmen, wie solchen des Abbaues der Sozialgesetze, bekannt, wenn sie im Interesse ihres Zieles, nämlich der Sanierung der Reichsfinanzen und der Versicherungen selbst erforderlich seien. Der Abbau der Arbeitslosenversicherung ist vorwiegend mit der Notwendigkeit einer Sanierung der Versicherung und einer Entlastung des Reichsetat begründet worden. Die Notverordnung ist erlassen ohne Rücksicht auf die Versicherten unter völliger Nichtachtung wichtigster sozialpolitischer Verpflichtungen. Hat sie nun wenigstens auf der anderen Seite die versprochene Sanierung der Arbeitslosenversicherung und damit die Entlastung des Reichsetats von Zuschuß- oder Darlehensverpflichtungen gebracht?

Der Beitrag beträgt seit dem 1. August d. J. 4½ v. H. des Lohnes. Am gleichen Tage hatte die Reichsanstalt aus Reichsmitteln im laufenden Geschäftsjahr bereits 262 Mill. RM. verbraucht. Damit waren also der gesamte zur Verfügung stehende Reichszuschuß in Höhe von 184 Mill. RM., sowie die 50 Mill. RM. aus der Industrieaufbringungsumlage in Anspruch genommen und außerdem waren von den zur Verfügung stehenden 140 Mill. RM. Darlehen bereits 28 Mill. verbraucht.

Die gesamte Darlehenssumme, die der Reichsanstalt demnach im laufenden Geschäftsjahr noch zur Verfügung steht, beträgt 112 Mill. RM.

Trotz der Beitragserhöhung, trotz des tiefgehenden Leistungsabbaues ist aber damit zu rechnen, daß die Reichsanstalt im laufenden Geschäftsjahr noch einen weiteren Mehrbedarf von insgesamt 500 Millionen Reichsmark haben wird, denn es wird zu oft vergessen, daß mit steigender Arbeitslosigkeit nicht nur die Gesamtausgabe steigt, sondern auch die Gesamteinnahme sinkt. Hinzu kommt noch, daß Beitragserhöhungen sich bekanntlich erst nach einer Frist von etwa 6 Wochen auswirken, da die Einzugsfrist ein früheres Wirksamwerden nicht zuläßt. Es bleibt demnach, da etwa nur noch 112 Millionen an Darlehen im Etat vorhanden sind,

ein ungedecktes Defizit von annähernd 390 Millionen Mark. Wie gedenkt die Regierung Brüning diesen zur Erfüllung nur der gegenwärtigen gekürzten Leistungen erforderlichen Betrag sicherzustellen?

Bisher hat die Regierung noch nicht wissen lassen, auf welchem Wege sie die auf das Reich entfallenden 195 Millionen Mark aufzubringen gedenkt, geschweige denn, wie sie die Beiträge in der Arbeitslosenversicherung selbst zu regeln beabsichtigt. Würde man nämlich auf diesem Wege der Beitragserhöhung die 195 Millionen Mark aufbringen wollen, so müßte der Beitrag um mindestens weitere 2½ v. H., also auf insgesamt 7 v. H. erhöht werden. Daß eine solche erneute Steigerung auch für die Arbeitnehmerschaft untragbar ist, bedarf keiner Erörterung.

Und so ist denn, wie wir zuverlässig erfahren, das Kabinett nunmehr glücklich bei dem Punkt gelandet, bei dem es sich entscheiden heißt zwischen der Bereitwilligkeit, die notwendigen Reichsmittel zur Verfügung zu stellen oder weiter an den Leistungen abzubauen. Daß man sich grundsätzlich bereits zum letzteren Wege entschlossen hat, wird der Oeffentlichkeit nur mit Rücksicht auf den Wahlkampf vorenthalten.

Die Absicht geht kurz und bündig dahin, diesmal wohl nicht mehr in erster Linie die Unterstützungshöhe, die ja bereits weit unter das Existenzminimum gesenkt worden ist, sondern die Unterstützungsdauer zu verkürzen, und zwar von 26 auf 16 Wochen. Es ist dieses wahrlich eine sehr einfache Lösung des Problems. Wer länger als 16 Wochen arbeitslos bleibt, wird seinem Schicksal überlassen; denn nichts anderes als eine durch und durch unwahrhaftige Ausrede bedeutet es doch, wenn nunmehr davon geredet wird, ergänzend solle alsdann die Krisenfürsorge die gesamten Ausgesteuerten erfassen. Die für die Krisenfürsorge verwandten Mittel kommen aus denselben Quellen, aus denen auch die Zuschüsse oder Darlehen für die Arbeitslosenversicherung stammen. Die bei der Krisenfürsorge in Anwendung kommende Bedürftigkeitsprüfung dürfte die Zahl der Unterstützungsempfänger nach den bisherigen Erfahrungen um 2 bis 3 v. H. drücken. Es ist nun einmal so, daß langfristig Arbeitslose im wahrsten Sinne des Wortes unterstützungsbedürftig zu sein pflegen.

Die von der Regierung Brüning geplante Lösung ist also, abgesehen von dem neuen Gewaltakt, den man damit an der Arbeitslosenversicherung vorzunehmen gedenkt, keine Lösung, sondern nur ein Manöver — ein Manöver, mit dem man die Oeffentlichkeit darüber hinwegzutäuschen sucht, daß die Beseitigung der Finanzschwierigkeiten durch Reformen der Arbeitslosenversicherung nicht möglich ist, wenn man sich nicht klar und offen zu einer Politik rücksichtsloser Preisgabe von vielen Hunderttausenden von Arbeitslosen bekennen will.

Aufhebung des Saarbahnschutzes beschlossen

Genf, 12. Sept. (Drahtmeldung.) Der Völkerbundsrat hat heute nachmittag die Aufhebung des Bahnschutzes im Saargebiet einstimmig beschlossen.

Helds Scheinmanöver

Eine sozialdemokratische Kundgebung

München, 12. September. (Eigener Drahtbericht.) Zur innenpolitischen Lage in Bayern veröffentlicht die sozialdemokratische Landtagsfraktion eine Kundgebung, in der sie feststellt, daß sie seinerzeit vom Landtagspräsidenten in aller Form mit der Neubildung der Regierung beauftragt worden wäre. Aus diesem Schriftwechsel mit der Bayerischen Volkspartei habe sich aber ergeben, daß der Rücktritt der Regierung Held nur ein Scheinmanöver und von der Bayerischen Volkspartei nicht ernst gemeint gewesen war, weil diese die Neubildung einer Regierung gar nicht wolle.

Angesichts der parlamentarischen Lage sei die umgehende Befragung des Volkes durch Neuwahl geboten. Voraussetzung für die Auflösung des Landtages und die Neuwahlen sei aber die durch das Urteil des Staatsgerichtshofes notwendig gewordene Reform des bayerischen Wahlrechts. Diese Abänderung des Wahlgesetzes werde jedoch von der Bayerischen Volkspartei seit Monaten vereitelt.

Die Bayerische Volkspartei handele also in höchstem Maße leichtfertig und beschwöre durch ihr Verhalten die schwersten Gefahren für die von ihr sonst als Kernpunkt der bayerischen Politik bezeichnete Aufrechterhaltung der Eigenstaatlichkeit Bayerns herauf.

Angesichts dieser Sachlage werde es Aufgabe der sozialdemokratischen Fraktion sein, mit allen Mitteln die Bahn für Neuwahlen in Bayern unverzüglich freizumachen.

Der Gewaltstreich Pilsudskis

Protestaktion der Internationale

Der Sekretär der Arbeiterinternationale Friedrich Adler hat den Brief des Vorstandes der Deutschen Sozialdemokratie an die Arbeiterinternationale, in dem das Vorgehen Pilsudskis scharf verurteilt wird, über die Vorgänge in Polen wie folgt beantwortet:

„Werte Genossen! Ihre Kundgebung der Solidarität mit der bedrohten polnischen Demokratie spricht vollkommen das aus, was nicht nur die internationale Arbeiterklasse, sondern über sie hinaus alle Menschen, die sich den Sinn für Recht und Anständigkeit bewahrt haben, gegenüber dem neuesten Gewaltstreich Pilsudskis empfinden. Wir haben Ihre Kundgebung allen der sozialistischen Arbeiterinternationale angeschlossenen Parteien zur Kenntnis gebracht und werden dem Büro den Vorschlag machen, einen Aufruf zur Protestaktion gegen den neuesten Vorstoß des polnischen Faschismus zu beschleunigen."

Diktatur der Sozialreaktion!

Soll das wirklich so weiter gehen?

Der 14. September ist Zahltag!

Mit dem Kabinett Brüning-Schiele heißt es abzurechnen! Der Bürgerblock muß niedergeschlagen werden.

Warum?

Weil er sozialreaktionär ist, wie kein Regierungsgebilde vor ihm! Die Kommunisten behaupten, auch die Regierung Hermann Müller habe nicht anders als die des Zentrumsmannes Brüning regiert.

Ist das wahr? — **Wahr ist nur eins: Die Regierung der großen Koalition war keine sozialdemokratische, weil im Reichstage mit mehr als 490 Abgeordneten nur 152 Sozialdemokraten saßen.**

Trotzdem unterscheiden sich die Leistungen der Regierung von Grund aus:

Das Kabinett Hermann Müller

verhinderte trotz des Ansturms der Unternehmerverbände eine Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung. Das war nur möglich infolge der Macht der Sozialdemokratie in der Regierung!

Das Kabinett Brüning

hat nach dem Willen der Unternehmer mit dem Artikel 48 der Reichsverfassung eine Verschlechterung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung um rund 100 Millionen Mark durchgeführt.

Im Kabinett Hermann Müller

hat der Sozialdemokrat Karl Severing als Schiedsrichter im Lohnkampf der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie Hunderttausenden von Arbeitern im Kampf gegen die Unternehmer Lohnerhöhungen durchgesetzt.

Im Kabinett Brüning

hat der Zentrumsarbeitsminister Stegerwald den Oeynhausener Schiedsspruch für verbindlich erklärt und damit für 200 000 Metallarbeiter eine Lohnkürzung um durchschnittlich 200 Mark pro Jahr herbeigeführt.

Die Regierung Hermann Müller

hat für die Familienwochenhilfe 32 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

Die Regierung Brüning

hat diese Zuschüsse auf die Hälfte herabgesetzt und damit die Unterstützungen für bedürftige Wöchnerinnen entsprechend vermindert.

Die Regierung Hermann Müller

hat den Landarbeiterwohnungsbau durch die Hergabe von 60 Millionen Mark aus dem Reichshaushalt gefördert.

Die Regierung Brüning

zahlt nur 15 Millionen Mark für den Landarbeiterwohnungsbau. Die Schaffung menschenwürdiger Behausungen für Landarbeiter stellt die Regierung Brüning zurück hinter die Erfüllung der Forderungen der Großagrarier.

Die Unfall- und Invalidenversicherung

wurde unter der Regierung Hermann Müller wesentlich erweitert.

Von der Regierung Brüning

ist dafür auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung die Krankenversicherung in ihren Leistungen erheblich verschlechtert worden. Für Krankenschein und ärztliches Rezept müssen alle Kranken, auch die ärmsten, heute eine Gebühr von 50 Pfg. zahlen.

Und das soll im neuen Reichstage so weiter gehen?

Brüning und Treviranus betonen ihren Willen, diesen Kurs beizubehalten!

Weiter mit dem Artikel 48 gegen das Volk?
Weiter mit der Diktatur gegen die Interessen der Arbeiterschaft?

Wer das nicht will, sorge für einen Wahlsieg der Sozialdemokratie.

Jede Stimme der Liste 1

Es bleibt dabei

Wir wählen

bei unseren Einkäufen nur Qualitäts-waren von **Finn**

Zahlen beweisen!

Die Versicherungsgesellschaft der werktätigen Bevölkerung, die

Volksfürsorge

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft

gewährt ihren Versicherten auf die gewinnberechtigte Jahresprämie für 1929

30% Gewinnanteile in der Volksabteilung,
35% Gewinnanteile in der Lebensabteilung.

Bei der Volksfürsorge sind

2 Millionen Versicherungen

in Kraft; sie hat ein

Vermögen von rund 100 Millionen Mark.

Nähere Auskunft erteilt die Rechnungsstelle:
Essen, Schillerstr. 1-5 IV, (Hansa-Haus) Am Hauptbahnhof Zimmer 88–90.
oder der Vorstand der Volksfürsorge in Hamburg 5, An der Alster 57-61; B. Lachmann, Gelsenkirchen, Kaiserstraße 24 u. in Gladbeck-Zweckel: J. Sailer, Händelstr. 37

Hans-Sachs-Haus

Dienstag, den 16. September 1930, abends 8,15 Uhr

kurzes Gastspiel der weltberühmten Clowns

3 Fratellinis

Gustavo Max Gino

im Rahmen eines internationalen

Varieté-Programms!

Preise 1.— bis 4.— Mk.

Vorverkauf bei Müller, Neumarkt 1 und an der Theaterkasse von 11—1 Uhr.

Ich habe gemeinschaftlich mit den Herren Rechtsanwälten Dres. Schilling und Herzfeld I in Gelsenkirchen, Munckelstraße 25 pat. ein Zweigbüro eröffnet.

Dr. Fritz Werner Freytag
Rechtsanwalt
Essen, Rathenaustraße 18.

Ich habe gemeinschaftlich mit den Herren Rechtsanwälten Dres. Schilling und Freytag in Gelsenkirchen, Munckelstraße 25 pat. ein Zweigbüro eröffnet.

Dr. jur. Martin Herzfeld II
Rechtsanwalt
Essen, Kapuzinergasse 8
(Sparkassen-Neubau)

Ich habe gemeinschaftlich mit den Herren Rechtsanwälten Dres. Herzfeld II und Freytag in Gelsenkirchen, Munckelstraße 25 pat. ein Zweigbüro eröffnet.

Dr. jur. Adolf Schilling
Essen, Kapuzinergasse 8
(Sparkassen-Neubau)

Sämtliche Bücher liefert die „Volksbuchhandlung", Ringstr. 33.

Echtes **Kommißbrot**
täglich frisch
Dampfbäckerei
Jak. Humann
Bismarckstr. 134 - Ruf 23436
— Verkaufsstellen werden eingerichtet —

Gebrauchsmuster Waren-zeichen **PATENTE** erwirkt u. verwertet Ingenieurbüro C. Michels Gelsenkirchen Neustr. 24
Telefon 24221

Vogel-Futter
nur das allerbeste.
Göbel, Alter Markt 26
Goldfische, Aquarien

Zur glücklichen Geburt
empfehle Kinder Wagen
Sitzliegewagen mit Verdeck Mk. 39.50
Promenaden-Wagen . . . . . Mk. 59.00
Naehler / Brennabor / Germania
Möbelhaus Cohn
Vereinsstraße, Ecke Augustastraße

Inserieren bringt Gewinn!

Wörishofener Gicht- und Rheuma-Tee
allein echt
Wörishofener Kräuterhaus
Hochstr. 24
Ecke Neustraße

---

so sieht er aus!



Der Mörder Matteottis, der Verräter am Sozialismus

Mussolini!

Die Wahrheit über den italienischen Faschismus erfahren Sie aus dem Buch von Pietro Nenni

Todeskampf der Freiheit

188 Seiten M. 2.75

Jeder Sozialdemokrat, jeder Republikaner lese dieses Buch.
Ein erschütterndes Dokument.
Wir liefern durch Zeitungsboten, die Zahlung kann in 2 Raten erfolgen.

Volksbuchhandlung Gelsenkirchen
Ringstraße 33 Fernsprecher 25841

Bestellung.

Ich bestelle hiermit „Nenni, Todeskampf der Freiheit" zum Preise von 2.75 Mk. Der Betrag soll in 2 Raten durch Zeitungsboten kassiert werden.

Name . . . . . Beruf . . . . . .

Adresse . . . . . .

Gelsenkirchen.

Bekanntmachung.

Der Schlachthof ist ab 15. September geöffnet: am Montag oder, falls auf diesem ein Feiertag fällt, am Dienstag von 7—17, am Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag von 7—15, am Sonnabend, von 7—13½ Uhr.

Die Schlachtzeiten sind: am Montag für Schweine von 7–16, für Großvieh von 8—16, am Dienstag von 7—14, am Mittwoch von 8—14½, am Donnerstag und Freitag von 8—13 Uhr, am Sonnabend von 8—10 Uhr. Die Tötung muß eine Stunde vor Schluß der Schlachtzeit erfolgt sein. Am Schluß der Schlachtzeit müssen die Tiere ausgeschlachtet und amtlich gewogen sein. Andernfalls und bei Benutzung der Kutteleien über 1½ Stunde nach der Schlachtzeit hinaus ist der tarifmäßige Zuschlag zu entrichten.

Notschlachtungen können zu jeder Tageszeit und Nachtzeit stattfinden.

Im Viehhof ist die Schweine- und die Großviehmarkthalle für den Abtrieb auf dem Landweg am Markttag und im übrigen zu den Schlachthallen mit Beginn bis 1 Stunde vor Schluß der Schlachtzeit geöffnet.

Das Kühlhaus ist am Montag von 7½—8½, an den anderen Werktagen von 7—8, am Sonntag von 7½—8, ferner außer am Sonnabend von 11½—12 und von 13½—14½, am Sonnabend jedoch nur von 12½—13½ Uhr geöffnet. Außerhalb dieser Zeiten darf kein Großhandel mit frischem Fleisch stattfinden.

Die Kantine wird am Montag um 16, am Mittwoch und Sonnabend um 13, und an den anderen Werktagen um 15 Uhr geschlossen.

Die Eisausgabe- und Kassenöffnungszeiten werden durch Anschlag an der Eisausgabe und an der Kasse bekanntgegeben.

Gelsenkirchen, den 11. September 1930.

Der Oberbürgermeister.

Sonder-Angebote

Knabenschürzen	aus waschechten Stoffen mit Tasche	**0.35**
Mädchenschürzen	aus gutem, waschechten Siamosen	**0.75**
Damenschürzen	aus prima indanthrenfarbig. Stoffen	**0.95**
Berufskittel	aus waschechtem Zefir, volle Größen	**2.45**
Berufskittel	aus Linon oder Hemdentuch	**2.95**
Arbeitssocken	graugestrickt, extra stark	**0.39**
Damenstrumpf	Wasch-K'Seide, plattiert, sehr solide .	**0.95**
Damenstrumpf	feinmaschige K'Waschseide, neue Farben	**1.45**
Waschsamt	gute, waschechte Ware, alle Farben . . Meter	**1.45**
Woll-Crêpe de Chine	reine Wolle, alle Farben . . . . . Meter	**1.65**
Natté	reine Wolle, alle Herbstfarben . . . . . Meter	**1.85**
Natté raye	das moderne Gewebe, reine Wolle . . . . Meter	**2.25**
Baskenmützen	weiß und farbig, teils reine Wolle . 0.95	**0.75**
Kindersweater	schöne wollplattierte Qualität Meter 2.45	**1.95**
Kinderpullover	schöne Buntmuster mit Kragen	**1.95**
Damenpullover	reine Wolle mit Kragen	**3.90**
Damenschlüpfer	mit angerauht. Futter, alle Größen	**1.00**
Damenschlüpfer	K'seide, mit anger. Futter, alle Größen	**1.75**

Hemden - Flanelle
Unterrock-Biber
grau, gut gerauhte Ware, sehr solide Qualität . . . . . Meter **48 Pfg.**

Mosbach

Bahnhofstraße 80-82